

Wöchentlich 86 Bl., monatlich 2,90 M.,
im Voraus zahlbar. Postbeleg 4,32 M.,
einzelständig 60 Bl. Postzeitung 90- und
72 Bl. Postbeleggebühren. Ausland-
abonnement 6.- M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Postzuschlag
soweit 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“: Ferner „Frauenstimme“,
„Lehmit“, „Blitz in die Böhmerwelt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblätter“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Kompartiments-
80 Pfennig, Reklamerteile 5.- Reichs-
markt, „Kleine Anzeigen“ das selbige
bezahlte Wort 25 Pfennig (gültig zwei
12 Pfennig, Stängelgebühren das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Wörter über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Jahres 60 Pfennig, Familienanzeigen Jah-
re 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft: Lindenstraße 3, wochentlich
von 9, bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Et. B. u. Disz.-Gef., Depositenf., Jerusalemstr. 65/66.

Der Zusammentritt des Reichstags

Besprechungen über die Reform der Geschäftsordnung.

In der Reichskanzlei fanden am Montag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning Besprechungen über Reformen in der Geschäftsordnung des Reichstages statt, die zum Zweck haben, die Arbeitsfähigkeit des Reichstages zu erhalten und zu fördern.

An den Besprechungen nahmen außer dem Reichskanzler der Reichsfinanzminister und der Reichsinnenminister als Vertreter der zuständigen Ressorts, vom Reichstagspräsidenten Lohse und dem Reichspräsidenten Eiser sowie die für die Geschäftsordnungsfragen sachverständigen Vertreter der Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten teil.

Den Besprechungen lagen nicht nur die kürzlich im „Vorwärts“ von dem Reichstagspräsidenten Lohse gemachten Vorschläge, sondern auch noch andere Vorschläge zugrunde. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, die Angelegenheit bleibt noch im Fluß, und zunächst sollen die Fraktionen unter sich darüber beraten. Daher ist anzunehmen, daß in der Kellertentatsitzung vom Dienstag diese geschäftsordnungsmäßige Frage noch nicht zur Erörterung gelangen wird.

Auswärtiger Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags, der am Montag einen Bericht des Reichsaußenministers über die Januar-tagung des Völkerbundes entgegennahm, lehnte nach Schluß der Debatte einen kommunistischen Antrag, der den sofortigen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund forderte, ab. Ebenso verfiel ein nationalsozialistischer Antrag folgenden Wortlauts der Ablehnung:

„Die Reichsregierung wird ersucht, angesichts des völligen Verfallens des Völkerbundes, vor allem in der Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten und in der Abrüstungsfrage, gemäß Artikel 1 Absatz 3 der Völkerbundescharta, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund durch Kündigung seiner Mitgliedschaft vorzubereiten.“

Der Antrag fand nur die Zustimmung der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten.

Ein nationalsozialistischer Agitationsantrag.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der den Reichspräsidenten ersucht, den Reichstag gemäß Artikel 25 der Reichsverfassung sofort aufzulösen.

Schafft Arbeit!

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. — Vor entscheidenden Beschlüssen?

In den nächsten Tagen wird die von der Regierung ernannte besondere Kommission zusammentreten, die, wie nunmehr die Regierung bekanntgegeben hat, „die grundlegenden Fragen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen behandeln und der Reichsregierung ein Gutachten darüber erstatten soll“. Es soll also nicht nochmals an der Arbeitslosenversicherung herumgepuscht werden, wie man zunächst allgemein angenommen hatte, sondern man will der Arbeitslosigkeit selbst zu Leibe gehen.

Es wird der Kommission bei ihren Untersuchungen zugute kommen, daß das Internationale Arbeitsamt sich bereits mit dem gleichen Problem beschäftigt hat. Der Kommission des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts lag ein bemerkenswerter Bericht des stellvertretenden Direktors des Amtes vor über eine Untersuchung, die Herr Butler in den Vereinigten Staaten vorgenommen hat. Soweit diese Untersuchung für deutsche Verhältnisse anwendbar ist, sind alle amerikanischen Persönlichkeiten und Wirtschaftskreise, vom Präsident Hoover angefangen, übereinstimmend der Auffassung, daß die Wirtschaftskrise zurückzuführen ist auf die zu rasche Technisierung des Produktionsapparats, mit der die Steigerung des Konsums nicht gleichen Schritt gehalten hat. Daneben wird auch das Absinken der Getreidepreise in Kanada erwähnt, wie man in Deutschland auf die Frage der Reparationslasten hinweisen könnte. Das Kernproblem ist jedoch — in Amerika wie in Deutschland — die unerschöpflich große Verwendung des Produktionsertrages zur weiteren Steigerung der Produktionskapazität auf Kosten des Verbrauchs.

Hätten wir eine wirklich freie Wirtschaft, dann würde die Lösung des Problems sich fast automatisch einstellen. Die Preise würden purzeln, Reinvestitionen infolge mangelnder Rentabilität nicht vorgenommen werden. Da wir aber überall mit Kartellen, Syndikaten, Preisringen, Trusten zu tun haben, begünstigt durch Hochschutzzölle und internationale Vereinbarungen, so wird auch in Krisenzeiten weiter investiert und die Preise werden so hochgehalten, daß Produktionsüberschüsse erzielt werden, die früher kaum in Zeiten der Hochkonjunktur erzielt wurden. Nun kam in Deutschland krisenverschärfend hinzu, daß von den amtlichen Schlichtungsstellen entsprechend den Anweisungen der Reichsregierung diese Politik unwirtschaftlicher Investitionen begünstigt wurde durch eine allgemeine Lohnsenkung. Herr Krupp v. Bohlen hat dies ausdrücklich bestritten, als er in seiner viel bemerkten Rede auf der Generalversammlung der Friedrich Krupp AG. erklärte, man werde auch in diesem Jahre die Mittel zur weiteren Modernisierung der Anlagen bereitstellen, vorausgesetzt, es finde nochmals ein scharfer Lohnabbau statt.

Man scheint in der Reichsregierung endlich herausgefunden zu haben, daß man in die verkehrte Richtung marschiert ist, als man die Parole ausgab: Preis- und Lohnsenkung. Am vergangenen Sonntag sagte der deutsche Regierungsvorsteher im Internationalen Arbeitsamt u. a., die Zeiten der Rationalisierung, die nur wissenschaftliche und technische Gesichtspunkte kenne, müßten jetzt zu Ende sein. Auf dem Boden dieser Gefinnung müßten auch die Löhne und die Arbeitszeit geprüft werden.

Wir nehmen nicht an, daß die Regierung zwei entgegen-gesetzte Anschauungen vertritt: eine im Ausland und die andere im Inland. Daß die Fünftagewoche kommen muß, ist klar. Aber hier handelt es sich nur um eine Arbeitsstreckung, die für die Arbeitenden auf die Dauer unerträglich wäre, wenn im gleichen Ausmaß eine Kürzung der Löhne erfolgen würde. Diese Arbeitsstreckung, die nicht mehr zu umgehen ist — die bisher in freier Vereinbarung getroffen, wie Abmachungen in dieser Richtung beweisen —, muß also zum mindesten mit einem teilweisen Lohnausgleich verbunden sein.

Daß man ergänzend auch an eine Arbeitsbeschaffung ernsthaft herangehen muß, dürfte unbestritten sein. Hier gibt es kein besseres Objekt als den Wohnungsbau. Denn es handelt sich um eine Schlüsselindustrie, die für den Konsum arbeitet und eine auch sozial wichtige Nachfrage befriedigt. Die Kommission wird also untersuchen müssen, wieweit die Mittel der zur produktiven Arbeitsloshilfe mit einem Kapital von 300 Millionen Mark geschaffenen Gesellschaft kombiniert werden können mit Zuschüssen der Reichsanstalt, des Reichs und den Erträgen der Hauszinssteuer — eventuell verstärkt durch eine Auslandsanleihe — um

Naziterror gegen Parteigenossen.

Organisierte Überfälle.

Ein Diskussionsredner verfehlt.

Frankfurt a. M., 2. Februar. (Eigenbericht.)

In Hochheim bei Wehr überfiel Nationalsozialisten einen sozialdemokratischen Diskussionsredner, dem sie zuvor vorübergehend das Wort erteilt hatten. Reichsbannerleute, die dem sozialdemokratischen Redner zu Hilfe eilten, wurden durch Messerstiche zum Teil schwer verletzt. Eine Abteilung Stahlhelmer mischte sich in den Tumult und übertraf die Polizeibeamten. Der sozialdemokratische Diskussionsredner erlitt eine stark blutende Kopfwunde. Auch ein Polizeibeamter wurde erheblich verletzt. Mehrere Stahlhelmer und Nationalsozialisten mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Überfall auf eine Parteiversammlung.

Nürnberg, 2. Februar.

In einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei in Feucht sollte gestern Pfarrer Kleinschmidt von Eisenberg über das Thema „Faschismus, Christentum und Sozialdemokratie“ sprechen. Obwohl den Nationalsozialisten der Zutritt zum Versammlungsort verboten war, sammelten sich etwa 200 Nationalsozialisten an, um an der Versammlung teilzunehmen. Es kam zu schweren Schlägereien mit 300 Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei, in deren Verlauf

sieben Sozialdemokraten und drei Nationalsozialisten Kopfwunden davontrugen. Vier Verletzte wurden in das Nürnberger Krankenhaus eingeliefert.

Die Streikenden wurden durch die Gendarmerie getrennt und der Ort später durch eine aus Nürnberg herbeigerufene Hundertschaft der Landespolizei geräumt. Die Versammlung konnte nicht stattfinden.

Hakenkreuzsturm auf ein Volkshaus.

Eisleben, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Am Sonntag um Mitternacht überfiel nationalsozialistisches Gesindel das Eislebener Volkshaus, in dem der „Volkshor“ sein Stiftungsfest feierte. Die Hakenkreuzler fielen mit Stahlruten und Messern über die Versammelten her, eine Reihe von Verletzten mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Auf den Leiter des Reichsbanners, der in einer von der Stadt abgelegenen Siedlung wohnt, wurde vor kurzem ein Revolverattentat verübt. Aus einem Gebüsch wurde auf ihn geschossen, die Kugel ging knapp an seinem Kopf vorbei.

Es ist nötig, daß der Polizei in Eisleben von den zuständigen Behörden besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Sie hat gegenüber dem Treiben der Nationalsozialisten durchaus verfaßt.

Lohnabbau für Buchdrucker.

6 Prozent bis zum 30. August.

Für das Buchdruckgewerbe ist gestern ein Schiedsspruch gefällt worden, der den tariflichen Spitzenlohn bis zum 30. August von 58,50 M. auf 55 M. herabsetzt.

Dieser Schiedsspruch hält sich genau an dem Abbau der Beamtengehälter, der bekanntlich gleichfalls ab 1. Februar 6 Proz. beträgt. Die Unparteilichen haben alle wirtschaftlichen Erwägungen preisgegeben und sich hinter den fiskalischen Lohnabbau der Regierung versteckt. Sie haben gleichfalls unberücksichtigt gelassen, daß man einer so ausgezeichnet organisierten Arbeitergruppe, wie es die deutschen Buchdrucker sind, nicht das Maximum dessen zumuten darf, daß die Regierung in einem früheren Stadium für notwendig gehalten hat.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit hat gezeigt, — und scheinbar auch die Regierung überzeugt — daß diese Methode des Lohnabbaues nicht zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit, sondern zu ihrer katastrophalen Verschärfung führt. Die Unparteilichen sind gleichfalls mit verschlossenen Augen vorbegegangen an den Vorschlägen der Arbeiter, die im Interesse der Wiedereinstellung der Arbeitslosen in die Produktion die 40-Stunden-Woche vorschlugen, die Unparteilichen auch unberücksichtigt ließen, daß auf diesem Gebiete bereits eine freie Verein-

barung in der Zigarettenindustrie, die etwas weniger weitgehende Vereinbarungen für eine große Anzahl von Gemeindebetrieben vorliegen. Selbst die Reichspost hat schon schüchterne Versuche auf dem Gebiete der Arbeitsstreckung gemacht.

Dieser Schiedsspruch ist nicht nur wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen, denn das Buchdruckgewerbe befindet sich nicht in einer Notlage — er ist auch psychologisch ein schwerer Schlag!

Stinkbomben Modell Franzen.

Die Braunschweiger Hakenkreuzler sprengen eine Otto-Straher-Versammlung.

Braunschweig, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Am Montagabend sollten in einer öffentlichen Versammlung in Braunschweig der oppositionelle Nationalsozialist Dr. Otto Straher aus Berlin und der aus Femernordprozess bekannte frühere Gauführer der Nationalsozialisten Heinz reden. Bevor die Versammlung eröffnet werden konnte, mußte der Saal von der Polizei wieder geräumt werden, da die SA-Leute der Nationalsozialisten — also die Leute des Herrn Franzen —, die in großer Zahl erschienen waren, Tränengas- und Stinkbomben geworfen hatten. Die Polizei räumte den Saal, nachdem sie einige SA-Leute, die mit Waffen angegriffen wurden, festgenommen hatte.

ein großes Wohnungsbauprogramm auf lange Sicht durchzuführen.

Nur wenn die Untersuchungskommission — gestützt auf die Erhebungen des Enqueteausschusses des Reichswirtschaftsrats und des Internationalen Arbeitsamtes — entschlossen der Grundursache der Arbeitslosigkeit zu Weibe geht, nur wenn die Regierung ihre in Genf vorgetragene These nicht selbst sabotiert, werden alle anderen Maßnahmen beitragen, die Krise zu mildern. Dann kann man aber auch hoffen, daß wir vor einer entscheidenden Wendung in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stehen.

Zwei Verleumder.

Der unvorsichtige Stegmann und der vorsichtige Hugenberg.

Nach einem Bericht des „Fränkischen Anzeiger“ in Rothenburg hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Stegmann in einer Versammlung in Schillingstorf, die vor einigen Tagen stattfand, u. a. gesagt:

„Burschen wie Breitfeld haben viereinhalb Jahre lang während des Krieges von den Franzosen Gelder erhalten und dafür alle Offensiven verraten.“

Genosse Breitfeld hat nunmehr gegen Stegmann beim Staatsanwalt das Strafverfahren beantragt und gegen den verantwortlichen Redakteur des „Fränkischen Anzeiger“ die Privatklage erhoben.

In seiner Sportpalastrade hatte Hugenberg von einem „Bund der Sozialdemokratie mit gewissen westlichen Geheimdiensten der Feindstaaten“ gesprochen, durch den „der Zahlungsmittelumsatz eingeschnürt“ worden sein soll.

„Hier sieht man Junge, naht und bloß, und Alte, die sich klug verhalten.“ Der junge Verleumder nennt Namen und fällt damit herein. Der alte hält seine Behauptungen allgemeiner, er ist darum nicht so leicht zu fassen. Von diesem Unterschied abgesehen, sind beide gleich viel wert.

Zwei-Kandidaten-System.

Wahlrechtsdebatten im Unterhaus. — Labour und Liberales in einer Front.

London, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Im Unterhaus wurde am Montagmorgen die Debatte über die Wahlreform mit einer Rede des Innenministers Clynnes eröffnet.

Die Reform des englischen Wahlgesetzes ist eine Kompromißgabe der Labour Party an die Liberalen. Die Arbeiterpartei kann sie um so leichter gewähren, als diese Wahlrechtsänderung in vielen Punkten auch dem Wunsch der Labour Party entspricht. So sollen u. a. die Sonderregeln der Universtitäten aufgehoben werden, ebenso wie die Pluralstimmen, die zum allergrößten Teil den Konservativen zugute gekommen sind. Die von den einzelnen Parteien für Wahlpropaganda auszugehenden Geldsummen werden erheblich beschränkt. Eingeschränkt und begrenzt wird ferner die Zahl der am Wahltag zu Schleppepdiensten zu verwendenden Kraftfahrzeuge. Auch diese Bestimmung kann sich nur zugunsten der Arbeiterpartei auswirken. Entscheidend für die Liberalen ist jedoch das in der Regierungsvorlage enthaltene

Alternationsystem.

Was es bedeutet, ergeben nachstehende Zahlen. 1929 wurden abgegeben: für die Konservativen 8 665 000 Stimmen, für die Labour Party 8 350 000 Stimmen, für die Liberalen 3 302 000 Stimmen. Die Unterhausmitglieder verteilten sich jedoch auf 256 konservativen, 288 Arbeiter- und 30 liberale Abgeordnete. Es gibt keine Stichwahl in England. Stets ist derjenige Kandidat gewählt, der in seinem Wahlkreis die höchste Stimmenzahl erreicht hat. Ein ungerechtes Wahlsystem, das jedoch für England den großen Vorteil hatte, daß es immer nur zwei Parteien gab und immer eine Regierung mit einer sicheren Mehrheit. Mit dem Erstarken der Arbeiterpartei änderte sich dieses Bild. Aus zwei Parteien sind drei geworden. Das heutige Wahlsystem verlangt aber z. B. 90 000 Stimmen für einen liberalen Abgeordneten, während ein Arbeiterabgeordneter nur 20 000 Wähler hinter sich zu haben braucht. Sowohl die Konservativen wie die Arbeiterpartei denken jedoch nicht daran, sich auf ein Verhältniswahlrecht einzulassen, das dem praktischen Sinn der Engländer zuwider ist und lediglich dazu dienen würde, die parlamentarischen Verhältnisse auf deutsche oder französische Basis zu bringen, wo in Wahrheit die Splitterparteien diktieren und den politischen Willen der Mehrheit des Volkes vertreten. England und die Arbeiterpartei sind auf das Zweiparteien-System eingeschworen und eine dritte Partei dünkt ihnen bereits Sand in den Rädern der Parlamentsmaschine. Das Schicksal der Arbeiterregierung hängt jedoch von dieser dritten Partei ab, die Alternationswahlen die an sie zu zahlende Kompromißgabe.

In Zukunft soll jeder Wähler das Recht haben, zwei Kandidaten auf dem Stimmzettel anzukreuzen.

Ist der erste Kandidat nicht gewählt, dann geht die Stimme auf den zweiten angekreuzten Kandidaten über. Die Folge ist, daß die Arbeiterwähler in den meisten Fällen im Notfall den liberalen Kandidaten bezeichnen als den Konservativen die zweite Stimme zu geben, und die konservativen Wähler eher den bürgerlichen Kandidaten als einen Arbeiterparteilicher bevorzugen. In jedem Falle wird das Alternations-System in der Hauptsache den Liberalen zugute kommen.

Es ist selbstverständlich, daß die Konservativen dieser Reform jeden Widerstand entgegenzusetzen, was in der Montagabend der konservativen Redner Sir Samuel Hoare in scharfen Worten zum Ausdruck brachte. Die Labour Party ist dafür, ebenso sind es die Abgeordneten der unabhängigen Arbeiterpartei. Für die Liberalen sollte sich Herbert Samuel sehr warm für die Reform ein, die, wenn sie durchgeführt werde, ein großes Unrecht an der liberalen Partei beseitigen werde.

Innenminister Clynnes' Begründung gipfelte in den Worten, daß die Regierung an ein Proportionalwahlrecht nicht denke, um den Stempel der Splitterparteien von England fernzuhalten.

Der nationalliberale Landesverband Bayern, eine politisch wie zahlenmäßig völlig bedeutungslose Gruppe, ist zu Hugenberg übergetreten.

Das Balkanlocarno. Der Rat der Balkankonferenz in Saloniki hat seine Arbeiten beendet. Auf der Tagesordnung der nächsten Konferenz, die in Konstantinopel stattfinden soll, stehen vor allem Aussprachen über die lokale Anwendung der Völkerbundverträge. Der Rat beschloß u. a., den türkischen Außenminister zu bitten, aus Anlaß der zweiten Balkankonferenz eine Konferenz aller Außenminister der Balkanstaaten einzuberufen.

Macdonald und Henderson wurden dem Nobel-Preis für den Friedenspreis 1931 vorgeschlagen.

Schluß mit dem Straßenkrieg!

Berlins Polizeipräsident über die politischen Kapitalverbrechen. — Schärfste Maßnahmen gegen die Verkehrslokale.

Der Polizeipräsident von Berlin, Orzesinski, hat den Polizeivertreter des WTB zu einer Unterredung über die politischen Kapitalverbrechen der letzten Zeit empfangen und dabei folgende Ausführungen gemacht:

Die schweren politischen Bluttaten der letzten Zeit, die leider in steigendem Maße auch Menschenleben gefordert haben, sind selbstverständlich Gegenstand meiner ernstesten Sorge und Aufmerksamkeit. Soweit mit den gegebenen polizeilichen Mitteln etwas gebessert werden kann, ist das mir ausdrücklich festzustellen, das Menschenmögliche bereits unternommen worden. Dennoch stehe ich nicht an, Ihnen offen zu erklären,

daß die Ergebnisse mich in keiner Weise befriedigen,

obgleich die politische Polizei die Bluttaten der letzten Zeit — mit Ausnahme der allerdings bedauerlich liegenden Fälle in der Hufelandstraße — fast restlos aufgeföhrt hat. Ermündernd für diese politischen Täter und erschwerend für die Polizei ist es auch, daß Sühne und Strafe nicht sofort auf dem Fuße folgen, da es sich meist um Verbrechen handelt, bei denen die Zuständigkeit des Schnellrichters nicht gegeben ist. Wir haben bereits heute schon die Arbeitskraft unserer gesamten Beamenschaft in der Bekämpfung des politischen Verbrechertums bis aufs äußerste angespannt und sind selbstverständlich bereit, weiterhin das Mögliche zu tun.

Die Deffentlichkeit ist leicht geneigt, dem Polizeipräsidenten von Berlin eine Allmacht zuzuschreiben, die er in Wirklichkeit leider nicht besitzt. Denn wenn ich auch in der Lage bin, meine Beamten zur Verfolgung geschehener Straftaten einzusetzen,

so fehlen mir fast alle Handhaben, vorbeugend zu wirken.

Der tiefere Grund für die bedauerlichen Ausschreitungen ist der, daß in einer gewissen Presse und in Versammlungen eine wilde Gewalt- und Mordhege getrieben wird, ohne daß dagegen mit wirksamen Mitteln eingeschritten werden kann. Zwar gibt das Republikstrafgesetz die Handhabe, gegen Bedrohung bestimmter Personen vorzugehen. Gegen die allgemeine Verhetzung, die mit den widerwärtigsten und niederträchtigsten Mitteln durchgeführt wird, gibt es bis heute kein Mittel.

Gewisse Zeitungen verstehen es durch Uebung und offenbar unter Beratung juristisch geschulter Personen, in ihrer Hege eine Form zu finden, die sie vor polizeilichen Verboten und richterlichen Beurteilungen bewahrt. Polizeiliche Nichtigstellungen meist bewusst falscher Zeitungsartikel bleiben bei diesen Blättern unberücksichtigt, und Berichtigungen auf Grund des Pressegesetzes werden — entgegen den gesetzlichen Bestimmungen — verspätet und dann noch an verfehlter Stelle oder überhaupt nicht veröffentlicht, so daß sie ihre Wirkung verlieren.

Es ist doch so, daß die heutige Art der Presse- und Versammlungshege, die nichts, aber auch gar nichts mehr mit der Wahrnehmung demokratischer Rechte zu tun hat, bewirkt, daß ein Teil der Staatsbürger glaubt, nach den Methoden der sizilianischen Blutrache handeln zu dürfen.

So darf es nicht weitergehen! Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung werden zweifellos bereit sein, neue Mittel und Wege zu finden, um diesen unhaltbaren Zuständen des kleinen Straßenkrieges, wie er sich heute in Berlin und anderswo breit macht, und wie ihn ein geordnetes Staats-

wesen sich nicht gefallen lassen darf, entgegenzutreten. Noch etwas möchte ich nicht unerwähnt lassen:

Eine besonders schlimme Rolle spielen in letzter Zeit die Verkehrslokale der radikalen politischen Parteien.

Es ist festzustellen, daß ein großer Teil der Gewalttaten der letzten Zeit ihren Ausgang in bestimmten Gastwirtschaften genommen haben und offenbar dort vorbereitet worden sind. Von dort aus sind vielfach ganze Straßenzüge dauernd unsicher und für den friedlichen Bürger und Anwohner fast unpassierbar gemacht worden. Ich werde hier mit den entsprechenden Abwehrmitteln vorgehen. Und dazu bietet das neue Schankstättengesetz die Möglichkeit. Ich glaube auch im Sinne der ordnungsliebenden Deffentlichkeit zu handeln, wenn ich sage, daß ich gegen Wirte, die Gewalttätigkeiten oder Vorbereitungen zu Gewalttätigkeiten in ihren Lokalen guben, mit den schärfsten Mitteln einschreiten werde. Hier kommen Herabsetzung der Polizeistunde und eventuell auch Schließung zunächst des betreffenden Lokals und weiterhin der Lokale der ganzen Gegend in Frage.

Die Polizei geht vor.

Große Waffensuche in Charlottenburg.

In den gestrigen späten Abendstunden hat die Berliner Polizei zu einer großen Aktion gegen die Unruheherde in Charlottenburg ausgehört. Ein ganzes Stadtviertel wurde nach Waffen durchsucht. Wie gerechtfertigt das energische Vorgehen der Polizei ist, beweist die Beschlagnahme von Schuß- und Hiebaffen, die sich zum Teil im Besitze jugendlicher Burschen befanden. Im Verlaufe der Großrazzia erfolgten Festnahmen.

Die blutigen Zwischenfälle der letzten Tage, die zwei kommunistische Arbeiter als Opfer forderten, haben dem Berliner Polizeipräsidenten zu dieser Aktion Veranlassung gegeben. Gerade der Straßenkampf in der Nacht zum 1. Februar hatte wieder den schlagendsten Beweis dafür erbracht, daß sich die Hakenkreuzler im Besitze zahlreicher Schussaffen befanden.

Etwa gegen 20 Uhr rückte ein ganzes Heer von Beamten der Politischen Polizei, die durch einige Hundertschafften Schußpolizei unterstützt wurden, in zwei Kompanien überraschend an. Die Straßenzüge wurden abgeriegelt, und niemand durfte ohne Durchsuchung die Sperrketten passieren. In erster Linie wurden die Lokale in der Hebbel-, Kehrings- und Wallstraße besetzt.

Nach der Selbstinspektion der in den Gastwirtschaften Anwesenden wurden auch die Räume eingehend durchsucht, da nicht zu Unrecht vermutet wurde, daß die SA-Mitglieder einen Teil ihrer Waffen in Verstecken untergebracht hatten. An einigen Stellen mußten die Beamten recht energisch vorgehen, um Widerstand zu brechen.

Die Waffensuche dauerte mehrere Stunden und naturgemäß hatte die Nachtsicht von dieser Polizeimaßnahme, die wie ein Lauffeuer die Gegend durchzieht, eine große Schär Reuegierigkeit angefaßt. Bei Schluß des Mattes war die Waffensuche noch nicht beendet. Im Rahmen der Razzia wurden auch 12 kommunistische Lokale durchsucht. Nur in einem Falle wurde dort ein Dolch und ein Schlagring gefunden.

Hakenkreuzrichter Krebs.

Durch neue Enthüllungen schwer belastet.

Frankfurt a. M., 2. Februar. (Eigenbericht.)

Der Frankfurter Hakenkreuz-Richter Krebs, der noch immer über die Nazi-Würder zu Gericht sitzt, wird durch neue Enthüllungen außerordentlich schwer belastet.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ ist im Besitze eines Rundschreibens der Frankfurter Nazi-Partei vom 21. Dezember 1930, das von dem Rekord-Diktenschänder Sprenger unterzeichnet ist. Dieses Rundschreiben enthält ein „Dienststellenverzeichnis“ und einen „Sprechstundenplan“ der nationalsozialistischen Gauleitung Hessen-Rhön, in dem Herr Landgerichtsdirektor Dr. Krebs drei Funktionen zuerkannt werden: Leiter der Frankfurter Rechtsabteilung, Leiter der Organisationsabteilung II für Hessen-Rhön und Vorsitzender des Kampfbundes für deutsche Kultur. Gleichzeitig wird erwähnt, daß Dr. Krebs Sachbearbeiter der Organisationsabteilung bei der Reichsleitung der NSDAP ist.

Inbesondere die Tatsache, daß Dr. Krebs noch vor sieben Wochen als Sachbearbeiter einer Abteilung der nationalsozialistischen Reichsleitung amtiert, steht in trassem Widerspruch zu seiner dienstlichen Angabe, daß er „vor einiger Zeit“ aus der Nazi-Partei ausgetreten ist.

Die Roggenstüfung.

Wiederezusammenritt des Untersuchungsausschusses.

Montag nachmittag trat der Untersuchungsausschuh des Reichstages für die Roggenstüfung zu seiner dritten Sitzung zusammen. Nach einer langen Debatte wurde zunächst ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, daß über die Verhandlungen des Ausschusses ein genaues stenographisches Protokoll angefertigt wird. Auf diese Weise soll von vornherein allen Versuchen entgegengetreten werden, später den Verhandlungen des Ausschusses einen anderen Sinn zu geben, als sie hatten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung einigte sich der Ausschuh nach stundenlangen Beratungen, die insbesondere durch die von keiner Sachkenntnis getriebenen Ausführungen der Nationalsozialisten in die Länge gezogen wurden darauf, einstweilen vier Generalsachverständige zu berufen, die ständig den Sitzungen des Untersuchungsausschusses beizuwohnen sollen. Als Sachverständige sind vom Ausschuh bereits fest benannt der Präsident des Vereines der Getreide- und Futtermittelhändler Arndt Lehmann (als Vertreter des freien Getreidehandels) und der preussische Kommissar für die Berliner Börse (als Sachverständiger für Börsentechnik). Außerdem soll der Reichsverband der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — und der

Deutsche Landwirtschaftsrat zur Entsendung je eines Sachverständigen aufgefordert werden.

Der Ausschuh vertagte sich dann auf Mittwoch 12 Uhr. In diesem Tage soll in die Tagesordnung eingetragen werden. Als Zeuge wird am Mittwoch ein Direktor der Getreide-Industrie und Kommission A-G, einer der an der Roggenstüfung maßgebend beteiligten Gesellschaften erscheinen.

Die Genossenschaftszerstörer.

Konsumverein Merseburg durch die KPD. zugrunde gerichtet.

Der Bezirkskonsumverein Merseburg hat inzwischen ebenfalls beschlossen, die Zahlungen einzustellen. Das ist nach Halle der zweite offene Bankrott eines kommunistisch geleiteten Konsumvereins und unter Einrechnung der auch in Gotha eingetretenen Schwierigkeiten das dritte Konsumvereinsdrama unter Verantwortung der Kommunistischen Partei. Der Bezirkskonsumverein Merseburg mußte zur gleichen Zeit aus dem Zentralsverband deutscher Konsumvereine und vom dem Zusammenwirken mit der GEC ausgeschlossen werden, wie der Allgemeine Konsumverein Halle unter kommunistischem Einfluß stehen noch die kleineren Konsumvereine in Schwarzenberg (Freistaat Sachsen) und in Wittenberge (Provinz Sachsen).

Französisches Eisenbahndefizit.

Reformvorschlüge durch Tarifierhöhung.

Paris, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Die französischen Eisenbahngesellschaften schließen das Jahr 1930 wiederum mit einem Defizit, und zwar diesmal in Höhe von 1,2 Milliarden Franken (200 Millionen Mark) ab. Die Unterbilanz erhöht sich unter Einrechnung der Rückzahlung eines Staatskredits auf 1,7 Milliarden Franken, zu deren Deckung eine neue Anleihe vorgesehen ist.

Dazu ist zu bemerken, daß der Staat an Verkehrssteuern nicht weniger als 2 Milliarden veranlagt hat. Der Steuerfuß beträgt für Gütertarife 10 Prozent, für Personentarife 32 Prozent und steigt für Lufttarife auf 62 Prozent. Nach einem Sanierungsvorschlag der Bank von Frankreich, der der Kammer zur Diskussion vorliegt, sollen die Unterbilanzen durch eine neue Tarifierhöhung aus der Welt geschafft werden. Die Tarife im Güterverkehr sollen um 10 Prozent, im Personenverkehr um 24 Prozent erhöht werden. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß dieser Vorschlag, der bei der Krise für die französische Wirtschaft kaum tragbar wäre, im Parlament Annahme findet. Der Staat wird sich deshalb genötigt sehen, die Steuerfahne etwas zu lockern.

Preußens Wohnungsbaupolitik

Eine Abrechnung mit der Wirtschaftspartei im Landtag.

Im Preussischen Landtag wurde am Montag die Aussprache über den Wohlfahrtssetzt fortgesetzt.

Abg. Frau Wachenheim (Soz.):

Wir führen den Ausbau der Wohlfahrtspflege auf die Ideen der Arbeiterklasse zurück, die sich in der Nachkriegszeit durchsetzten. Aber wir sehen auch für sie Gefahren, wenn nicht Lohnhöhe und Schutz der Arbeiter in der Sozialversicherung erhalten bleiben. Sie droht zur früheren Armenpflege herabzusinken. Man kann nicht, wie die Deutschnationalen, hier einige tausend Mark Erhöhungen beantragen und draussen zusammen mit den Vereinigten Stahlwerken gegen Arbeiterlohn und Sozialversicherung kämpfen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Während die Deutschnationalen offen gegen die Arbeitslosenversicherung kämpfen, versuchen die Nazis im Lande ihre sozialreaktionären Ideen theoretisch zu verdrängen.

Sie lehnen die Sozialversicherung und Wohlfahrt ab, weil sie nur den Schutz der Gesunden wollen. Im Badischen Landtag hat der Abg. Merk mit dieser Begründung ausdrücklich die Fürsorge für Siehe und unheilbar Kranke abgelehnt.

(Hört! Hört! bei den Soz.) Hier beweisen die leeren Bänke der Nazis, daß sie an der Volkswohlfahrt kein Interesse haben.

Es ist das Verdienst der Republik, die Säuglingssterblichkeit auf die Hälfte der Vorkriegszeit herabgedrückt zu haben. Zu dieser Politik der Erhaltung des Lebens bekennen wir uns. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Gegenwärtig wird die Wohlfahrtspflege mehr von der wirtschaftlichen Gefahr als von der politischen Krise bedroht. 800 000 bis 900 000 Wohlfahrtsvermerkslose müssen von den Gemeinden unterstützt werden, und im Laufe des Jahres wird die Zahl auf 1 1/4 Millionen steigen. Das Reich hat die Krisenfürsorge auf 450 Millionen beschränkt, aber die Gemeinden werden 800 Millionen gebrauchen.

Die Kommunisten haben gegen uns eine Broschüre mit dem geschmacklosen Titel „Judas Arbeiterwohlfahrt“ herausgegeben. Ihnen sei gesagt, daß wir jeden als Verräter der Arbeiterklasse ansehen, der den Gemeinden die Mittel für die Wohlfahrtsvermerkslosen verweigert.

(Sehr wahr! bei den Soz. — Lärm bei den Komm.)

Der Staat hat die Aufgabe, die vorbeugende Fürsorge soweit wie möglich zu erhalten. Wir wollen die Fonds dafür im Etat erhöhen. In der Frage der Rückzahlung wünschen wir für alle Hilfsbedürftigen ein ebenso weitberzigtes Verfahren wie bei den Kleinrentnern.

Gegen die Uebertragung der Aufgaben der öffentlichen Fürsorge an freie Verbände haben wir die größten Bedenken. Die Erfahrungen zeigen zum Beispiel, daß die Einzelvormundschaft gegenüber der Amtsvormundschaft ungenügend ist.

Den Vorwurf der religiösen Intoleranz gegen die Kinderfreundebewegung weisen wir zurück. Aber man sollte auch ihr mit Toleranz entgegenkommen, selbst wenn sie sich einmal auf einer Insel isolieren sollte. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ein Antrag der Regierungsparteien wünscht die Förderung der Fürsorgeerziehung in der heutigen Form. Wir sind erfreut über die Entrüstung einiger Anstaltsleiter darüber. Schließlich haben auch Sozialdemokraten das Recht, sich mit der Fürsorgeerziehung zu beschäftigen.

Wir fordern in der Fürsorgeerziehung eine Einschränkung der viel zu langen Arbeitszeit und vor allem die vollständige Aushebung des Schmelzgebottes und des Dunkelarrestes.

Eine staatliche Anerkennung der Anstaltsleiter scheint uns überflüssig. Wir wünschen für sie Nachschulungslehrgänge, in denen die Erzieher das soziale Milieu der Anstalten kennenlernen. Auch die Wohlfahrtschulen sollten dazu herangezogen werden. Ebenso scheint die Schaffung von Spezialkliniken für Psychopaten und für den Uebergang angebracht.

Es kommt uns darauf an, die Wohlfahrtsvermerkslosen zu versorgen und die Wohlfahrtspflege zu erhalten. Jedenfalls müssen Reformen, die keine Kosten verursachen, durchgeführt werden, weil sie einen Fortschritt bedeuten. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Helm (Dnat.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten. Das bedeutendste Problem sei die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, das nur mit dem Wut der Bergweisung im Kampf gegen Tribulation, Raub der Kolonien und Zerstückelung der Wehrmacht gelöst werden kann.

Abg. Frau Dr. Lauer (Z.) erklärt, daß das Wohlfahrtsministerium seiner Bedeutung nach Sozialministerium heißen müßte. Heute gäbe es eine Not der Gefunden, die sich vor allem bei den jugendlichen Erwerbslosen zeige.

Abg. Schulz-Neuß (Komm.) kritisiert die Abstriche am Etat. Der Minister solle sein Ministerium Verordnungsministerium nennen. Er sei ein Handlanger des Kapitals.

Abg. Wurm (D. Sp.) erkennt an, daß die Wohnungsfürsorgeellen Ersprißliches geleistet haben. Es sei aber jetzt Zeit, daß sie verschwinden.

Abg. Dr. Bonsh (Dandolf) begrüßt die starke Förderung der Neubautätigkeit durch den Minister, die aber auch auf dem Lande sich auswirken müsse.

Abg. Reuß (Sp.) erklärt, daß seine Partei auf dem Standpunkt stehe, der einzelne hat für sich selbst und sein Obdach zu sorgen. Abg. Hoff (Dem.) billigt die Wohnungspolitik des Ministers. Bei der Verteilung der Mittel müsse das flache Land mehr als bisher berücksichtigt werden.

Abg. Drügemüller (Soz.):

Einige Redner der Rechtsparteien haben der Wohnbaupolitik des Ministers Berechtigtheit widersprechen wollen, aber mehr Verdrüssung des flachen Landes gemüßigt. Wir verstehen diese Forderung, lassen aber keinen Zweifel darüber, daß die in den Städten aufgetragenen Mittel vorzugsweise den Städten wieder zugute kommen müssen.

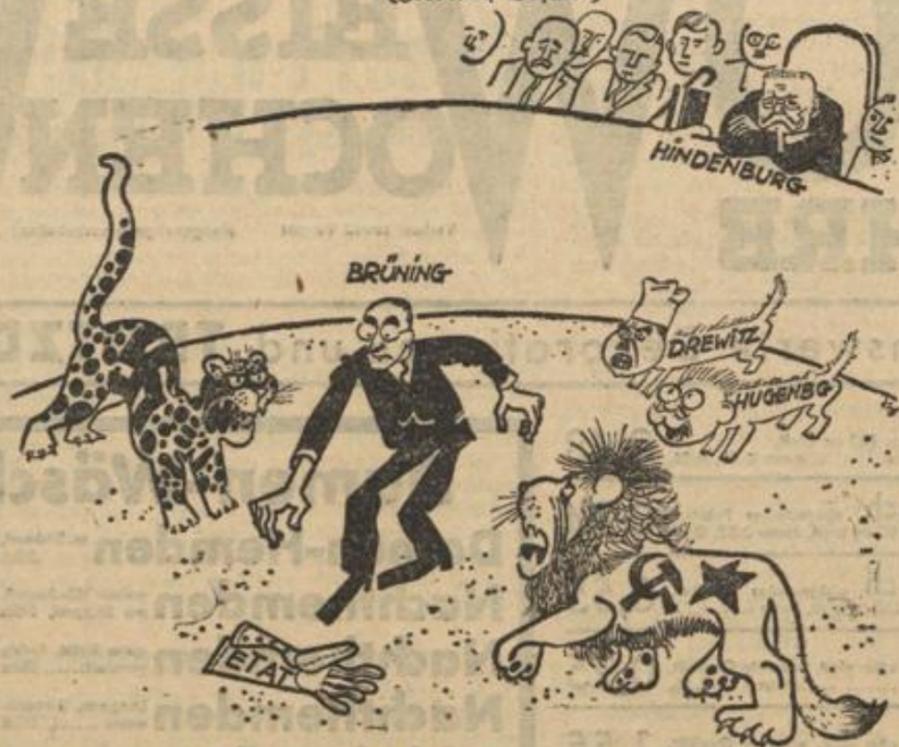
Gegenüber den Behauptungen, daß die private Bautätigkeit rentabler ist als die gemeinnützige Neubautätigkeit, nur ein Beispiel: In Harburg stehen seit Jahren 80 Neubauwohnungen leer, die zu teuer sind, weil sie aus privattypischen Mitteln finanziert wurden. Dagegen konnten viel später errichtete 300 Neubauwohnungen vermietet werden, die aus gemeinnützigen Mitteln errichtet wurden. (Hört! Hört! b. d. Soz.)

Wir begrüßen den Uebergang an Neubauwohnungen über den Bedarf hinaus auch im letzten Jahre. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Wohnungspolitik Preußens richtig gewesen ist.

Wenn damit die Wohnungsfähigkeit immer noch nicht beseitigt wurde, so beweist das, daß wir auf dem eingeschlagenen Wege weiter gehen müssen. Der Wohnwert ist erfreulich gesteigert worden und die Menschen sind wieder, soweit sie solche Wohnungen beziehen konnten, mit der Natur verbunden. Der Hinweis auf die unerschwingliche Miete, den die Rechtsparteien machten, ist demagogisch. Die Baukosten sind durch Senkung der Löhne und Befehlshaltung der Sozialversicherung zu senken, ist natürlich unmöglich. Aber bisher hat sich die Opposition geweigert, mit uns einen Weg zu suchen, der zu billigen Zinszuschüssen führt. Eine Senkung der Zinsen ist natürlich bei solchen Banken unmöglich, deren Lantimen an die Aufsichtsräte die Gehälter der Angestellten weit übersteigen. Wir haben das ja bei der Stadtschulbau feststellen müssen. Herr Radendorff von der Wirtschaftspartei hat aller-

Der Handschuh.

(Drei nach Schiller)



Wird der kühne Ritter Brüning den Handschuh zwischen den Bestien herausholen?

Koalitionsfrach in Stuttgart.

Das Zentrum verabschiedet die Deutschnationalen.

Stuttgart, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Unter der Heberschritt „Ein unmöglicher Koalitions-genosse“ veröffentlicht das Landesorgan der württembergischen Zentrumspartei am Montag einen Artikel, den es wie folgt einleitet:

„Wir legen nicht mehr den geringsten Wert darauf, mit den Feinden von der Deutschnationalen Partei in ein und derselben Regierung zusammenzuarbeiten!“

Diese Worte sprach am Sonntag in Ellmangen der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Landtages, der Abg. Bod. Er hatte, wie er ausdrücklich feststellte, für seine Äußerung die Zustimmung des Staatspräsidenten Dr. Baiz und des Parteivorsitzenden Justizminister Dr. Beyerle. Diese Abgabe an die Deutschnationalen wird als Verräther, aber die wenigsten in Ellmangen sehen. Denn die Gelegenheit, ja die Notwendigkeit, einmal ein so deutliches Wort zu sprechen, war schon mehr als einmal vorhanden. Was der übergroßen Geduld der Zentrumspartei jetzt ein Ende setzte, war der am letzten Sonntagabend in der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlichte Aufruf an die evangelischen Frauen und Männer, den der evangelische Ausschuss der Deutschnationalen Partei erlassen hatte.“

In dem Aufruf wurde dem Zentrum der Vorwurf gemacht, daß es in Preußen wie im Reich an seiner „Bindung mit der Sozialdemokratie“ festhalte. Das Zentrumorgan gibt den Aufruf ausführlich wieder und stellt schließlich mit bitterer Ironie fest, daß die württembergische Regierungskoalition den Verlust der deutschnationalen Abgeordneten zahlenmäßig und auch nach der persönlichen Seite hin leicht ertragen könne. Damit wird den drei deutschnationalen Abgeordneten in aller Form der Stuhl vor die Türe gesetzt. Ob sie gehen werden oder schließlich gegangen werden? Das eine ist zur Zeit so unbestimmt wie das andere.

Eine volksparteiliche Stimme gegen Fried.

Kassel, 2. Februar.

Die Deutsche Volkspartei Kurhessen hielt in Kassel ihren diesjährigen Parteitag ab. Die Versammlung wurde von dem Kom-

munalandtagsabgeordneten Dr. Becker mit folgenden Ausführungen eröffnet:

„Wenn ich Sie im Sinne des thüringischen Staatsministers Dr. Fried willkommen heißen möchte, müßte ich sagen: Willkommen, ihr organisierten Untermenschen, ihr professionellen Landesverräter und ihr organisierten Volksbeträger. Diese Worte hat Dr. Fried unlängst in einer Kaffeehausversammlung gebraucht und damit auch uns gemeint, die wir seit Jahren unsere Kraft dafür eingesetzt haben, Deutschland vor den bewaffneten Auseinandersetzungen des Bürgerkrieges zu bewahren. Ich würde mich selbst verachten, wenn ich irgend- ein ernstes Wort gegen diese Ausgeburt eines über- higten Gehirns sage, wenn ich die Deutsche Volkspartei gegen Herrn Fried verteidigen wollte.“

Die Parteifreunde von Dr. Becker in Thüringen haben sich — ohne sich selbst zu verachten — in absolute Abhängig- keit von Herrn Fried begeben, und in der Reichstagsfraktion der Volkspartei gibt es Leute, die ihnen nachzueifern wünschen. Trotz der überhigten Gehirne der Fried und Genossen.

Wiens Universitätsrektor für Halentreuz

zynische Parteinarahme gegen die Sozialdemokratie.

Wien, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Als sozialdemokratische Studenten am Montag vor der Universität Aufrufe zu den in Kürze stattfindenden Studentenwahlen verbreiteten, kam es zu Zusammenstößen mit Halentreuzern. Der antisemitische Rektor der Universität ließ zu gleicher Zeit einen Aufruf anschlagen, in dem er erklärt, daß er einen Aufruf der Sozialdemokraten wegen des die akademischen Behörden beleidigenden und die große Mehrheit der Studenten unerhört proozolierenden Inhalts verboten habe. An die deutsche Studentenschaft richtet er den Appell, sich durch dieses heil- spielloso proozolierende Vorgehen der sozialdemokratischen Studenten nicht zu unüberlegten Handlungen hinführen zu lassen. Der Aufruf hat bei den Sozialisten große Entrüstung hervorgerufen.

dinge erklärt, daß nicht er als Person, sondern seine Organisation diese Lantimen erhalten hat. Es wäre besser, wenn auch diese Organisation im Interesse der Neubautätigkeit auf die hohen Lantimen verzichtet würde. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Immerhin gibt es Mittel, die Baukosten zu senken. Das wäre z. B. möglich durch eine Revision und Senkung der Aufsichtskosten. Hier könnte sich die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, die das Reich gegründet hat, hilfreich betätigen. Sie könnte dabei zu Maßnahmen kommen, die durch Senkung der Baukosten den Baumarkt befruchten. Statt dessen scheint diese Gesellschaft sich solchen Vorhaben hindernd in den Weg zu stellen, und wir dithen den Minister, hier schleunigst und energisch auf Abhilfe zu drücken.

Durch die Ratoserordnungen sind jetzt endlich auch die Bestim- mungen über die Gemeinnützigkeit der Bauunternehmungen fest- gelegt worden. Die Deutschnationalen haben zwar mit Hilfe der Volkspartei einen Untersuchungsausschuss beantragt, der die Ver- wirtschaftung öffentlicher Mittel beim Wohnungsbau feststellen soll. Wir fürchten eine solche Untersuchung nicht. Sie soll dem Willen der Antragsteller entsprechend nur den einen Zweck haben, die gemeinnützige Neubautätigkeit in der Öffentlichkeit zu diffamieren. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Während man also bei uns alles tut, um die gemeinnützige Wohnbautätigkeit zu diskreditieren, hat 1928 England durch ein Gesetz festgestellt, daß die Erstellung neuer Wohnungen nach dem Kriege England von schweren sozialen Unruhen, wenn nicht vor der Revolution bewahrt hat.

(Hört! Hört! b. d. Soz.) Zu einer solchen objektiven Würdigung der preussischen Wohnungspolitik können sich freilich unsere Patent- nationalisten nicht aufraffen.

Dagegen hat Herr Reuß die solide Bauwirtschaft vor dem Kriege gelobt. Er hat scheinbar nach nichts von dem Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen aus dem Jahre 1912 gehört. Die Statistik ergibt, daß von 1909 bis 1911 in 48 Gemeinden Groß- Berlins 6962 Gebäude mit einem Bauwert von 1150 Millionen Mark gebaut wurden. Davon wurden 2218 Gebäude nachgebaut. Also bei 41 Proz. wurden Verluste erlitten. Diese Verluste betragen über 200 Millionen Mark. Von diesen 2218 Gebäuden kamen 1376 in die Zwangsversteigerung, wobei Verluste in Höhe

von 12,3 Millionen Mark entstanden. Die gefährdeten Forderungen betragen insgesamt 50 Millionen Mark.

Diese Verluste hatten in der Hauptsache die Lieferanten, also die kleinen Handwerksmeister aller Berufe, zu tragen.

Die königliche Regierung hat später festgestellt, daß dieser Bau- schwindel an keine Berufsgruppe gebunden war, ja, daß die tech- nisch vorgebildeten Unternehmer sich daran mehr beteiligten als die anderen, weil sie leichter in der Lage waren, ihre Gläubiger zu täuschen. Die geprellten Handwerker aber ist die Behörde ab mit der Bemerkung, daß sie an ihren Verlusten selbst Schuld tragen, da sie sich hätten über die Kreditwürdigkeit der Unternehmer orientieren müssen. Wie würde die Wirtschaftspartei schreien, wenn die heutige Regierung einen solchen Standpunkt einnehmen würde. So sah das solide Bauhandwerk vor dem Kriege aus, zu dem Herr Reuß zurück will.

Daß die privaten Bauunternehmer heute nicht anders sind wie früher, beweist die Tatsache, daß sie sich selbst beim Bau des Lannenbergdenkmals zusammengeschlossen haben, um von demjenigen, der den Auftrag erhielt, 12 000 Mark Abstand zu verlangen. (Hört! Hört! b. d. Soz.)

Die Wohnungszwangswirtschaft ist zwar kein Seelzustand, aber sie muß zum Schutze der Bedrängten aufrechterhalten bleiben. Wir stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß die Mieterschaft sich am besten schützt, wenn sie den gemeinnützigen Bauzweck- schäften beiträgt. Dann wird sie endlich herauskommen aus den licht- und luftlosen Höfen der Mietsofenn und Hinterhäuser. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Das republikanische Deutschland hatte nachzuholen, was der alte Staat in bezug auf moderne Wohnbautätigkeit veräumt hat. Wir erwarten, daß die Wohnbautätigkeit vom Staats weiter mit derselben Energie gefördert wird wie bisher. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Howe (Dnat.) und Rloft (Zentr.) wird die allgemeine Aussprache geschlossen. Die Beratung der Einzelartikel des Wohlfahrtsausbaus erfolgt Dienstag, 12 Uhr. Außerdem: Handelssetz, Etat der Porzellan- manufaktur.

Die Sachverständigen im Ulbrich-Prozeß.

Die Angeklagten zurechnungsfähig — Ueberlegungsfähigkeit angezweifelt.

Die zahlreichen psychiatrischen Sachverständigen waren im großen ganzen in der Beurteilung der Angeklagten einig. Für die Verteidigung kam es in erster Linie darauf an, die Frage der Ueberlegungsfähigkeit von Stolpe, Benziger und Luise Neumann zu klären. Lag eine solche im Augenblick der Tat nicht vor, so konnte nicht auf Mord erkannt werden; denn es genügt nach den Reichsgerichtsentscheidungen nicht, daß die Ueberlegung, d. h. das Abwägen von Motiven für und gegen die Tat, im Augenblick des Plans vorhanden war. Fast sämtliche Sachverständige stellten sich auf den Standpunkt, daß für Luise Neumann und Benziger solche ein Abwägen der Motive nicht anzunehmen sei und daß für den Angeklagten Stolpe die Möglichkeit einer mangelnden Ueberlegungsfähigkeit für den Augenblick der Tat nicht ganz ausgeschlossen erscheine.

Leppmann über Luise Neumann.

In seinem Gutachten über Luise Neumann fortsetzend, beschäftigte sich Medizinalrat Dr. Leppmann mit den Beziehungen zwischen Richard Stolpe und Luise. Das Sexuelle spielte in ihrem Leben keine allzu große Rolle. Sie hat behauptet, Richard Stolpe sei der erste Mann gewesen, mit dem sie geschlechtlich verkehrt habe; es liege ihr überhaupt nicht besonders daran. Was ihre Stellungnahme zur Tat betrifft, so hat sie in der ersten Zeit behauptet, alle drei treffe die gleiche Schuld, es habe keinen Zweck, sich gegenseitig zu belasten. „Mein Bräutigam wird mich ja auch nicht in den Dreck treten.“ Erst als sie erfuhr, daß er sie stärker belaste, erzählte sie, daß er sie sehr schlecht behandelt habe und schob ihm nun die größere Rolle beim Planen der Tat zu. Von der Tat selbst sagte sie, es habe die Absicht bestanden, Ulbrich zu erwürgen; im letzten Augenblick hätten es aber alle mit der Angst zu tun bekommen, der Mann und das Geschrei des Uhrmachers hätte dann die Tat ausgelöst. Ueberhaupt hat Lieschen Neumann über den Hergang kein einziges Mal zwei gleichlautende Aussagen gemacht. Die Intelligenzprüfung hat ergeben, daß sie zwar Schlagfertigkeit und Rutterwitz besitzt, daß sie aber stets versagt, wo ein angespanntes Interesse zur Sache erforderlich ist. Zusammenfassend kann man über sie sagen: Das einzige Beständige in ihrem Wesen ist die Unbeständigkeit, nirgends ist bei ihr ein Hinstreben auf ein Ziel zu bemerken; sie hat Wünsche, aber keine Ziele, sie ist eigenförmig, aber nicht energisch, sie ist sprunghaft im Denken, wenn ihr etwas einfällt, verfolgt sie den Gedanken nicht. Ebenso sprunghaft ist ihr Affektleben. Auf Wachen folgt sofort Weinen. Ihre Beweglichkeit ist kein Ausdruck geistiger Regsamkeit. Sie wirkt ein Kind im Sinne des Unreifen, führt aber gleichzeitig das Leben einer voll Erwachsenen, daher das Widerspruchvolle in ihrem Wesen. Alle diese Feststellungen geben keinen Anlaß, bei ihr eine Verwundbarkeit oder eine krankhafte Störung der Gesinnungsfähigkeit im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuchs (Unzurechnungsfähigkeit) anzunehmen. Ebenso muß die Möglichkeit der Anwendung des § 3 des Jugendgerichtsgesetzes verneint werden. Die Angeklagte besaß die Einsicht in die Strafbarkeit ihrer Handlung, ebenso die Fähigkeit, ihren Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen. Zu verneinen ist auch irgendeine sexuelle Hörigkeit zum Angeklagten Stolpe; beide haben sich gegenseitig beeinflusst. Auch der Zustand der Schwangerschaft ändert nichts am Gutachten. Was die Ueberlegungsfähigkeit der Angeklagten betrifft, so könnten darüber Zweifel bestehen. Die Entscheidung müßte dem Gericht überlassen sein.

Professor Kramer, der Leiter der psychiatrischen Klinik an der Charité arbeitete die psychopathischen Züge der Angeklagten Luise Neumann noch mehr heraus. Er bezeichnete sie als haltlose Psychopathin. Möglicherweise ist angefangen ihrer Betriebsamkeit viel zur Entstehung des Mordplanes beigetragen habe. Ein Einfluß auf

ihre gesamte Sinde ist der Tuberkulose zuzuschreiben, in der sie sich augenblicklich befindet. In bezug auf die Anwendung des § 3 des Jugendgerichtsgesetzes geht Professor Kramer mit Medizinalrat Dr. Leppmann auseinander. Er ist der Ansicht, daß leicht eine Einschränkung der Fähigkeit, ihren Willen der Einsicht gemäß zu bestimmen, wohl vorhanden sein könnte. Die Ueberlegungsfähigkeit wäre zu bezweifeln.

Dr. Groß will der Angeklagten dagegen die Ueberlegungsfähigkeit nicht absprechen und ihr die Anwendung des § 3 des Jugendgerichtsgesetzes nicht zuerkennen. Er bestreitet auch, daß sie sich in wichtigen Dingen beeinflussen lasse. Er wehrt sich einig mit Dr. Leppmann, daß sie sowohl an wesentliche Affektstörungen, die eine Entstehung moralischer Begriffe verhindern, als auch an einer Willensstörung leide. Er ist der Ansicht, daß Luise Neumann, auch wenn die Tat nicht geschehen wäre, unter den ungünstigen Verhältnissen, unter denen sie lebte, höchstwahrscheinlich kriminell geworden wäre und glaubt, ebenso wie Professor Kramer, daß in anderer Umgebung bei richtiger Erziehung eine psychische Reife eintreten könnte, die sie zu einem geordneten Leben fähig machen würde.

Die Sachverständigen über Stolpe.

Sämtliche Sachverständigen erklären den Angeklagten Stolpe als die am schwierigsten zu verstehende Persönlichkeit. Dr. Leppmann unterstreicht die Hindernisse, die er seiner Untersuchung entgegengestellt hat. Seinen äußeren Gesichtszügen nach ist man leicht geneigt, an eine epileptische Veranlagung zu denken. Bestimmte Anhaltspunkte dafür sind jedoch nicht zu finden. Er ist ein verschlossener Mensch. Die Untersuchung ergab schließlich das Bild eines Menschen, der stark von Affekten beherrscht ist, die er nicht aussprechen will oder nicht aussprechen kann. Deshalb trägt sich ein Mensch gewissermaßen eine Maske vor dem Gesicht.

Sobald man dieses Gesicht bei Stolpe durchschauen konnte, muß man sagen, daß man eine psychopathische Persönlichkeit vor sich hat, in dem immerer Konflikt eine große Rolle spielen. Er gehört zu den Menschen, deren Entwicklung zwar ursprünglich nicht aufs Kriminelle gerichtet ist, die aber durch Verstrickung mit sich selbst und der Umwelt in schwierigen Lagen kriminell werden können. Der § 51 kommt für ihn nicht in Betracht. Dagegen ist zu sagen, daß

bei solchen Menschen wie Stolpe, selbst nach Zurücktreten von einem ursprünglich gefaßten Plane, dieser gewissermaßen unter Ausschaltung von Erwägungen nur affektiv ausgeführt werden kann, wenn plötzlich gewisse Momente, wie Bekürzung, Angst, Schreck oder dergleichen mehr hinzutreten.

Ob das hier der Fall war — das zu entscheiden sei Sache des Gerichts.

Professor Dr. Cramer unterstreicht in noch höherem Maße das Affektive im Seelenleben des Angeklagten Stolpe: Er nennt ihn einen epileptischen Psychopathen; seine leichte Reizbarkeit und mürrische Verstimmung, seine Affektreaktionen, Kopfschmerzen und Alkoholtoleranz weisen darauf hin. Die Tat selbst wäre leichter mit seiner Persönlichkeit in Verbindung zu bringen, wenn es sich um eine Affekttat handeln würde. Willbestimmend für seine Tat mag der Umstand gewesen sein, daß er nur keine Mittel hatte, um die Wünsche seiner Braut zu erfüllen, und sich dadurch in seinem Geltungsbedürfnis ihr gegenüber beeinträchtigt gefühlt habe. So sagte er z. B. bei der Untersuchung: „Lieschen hat soviel Kleider gewollt.“ Bei der Beurteilung der Tat ist seine psychopathische Minderwertigkeit zu berücksichtigen. § 51 liegt nicht vor.

Medizinalrat Dr. Drenfurth hoch noch einmal die von Sanitätsrat Dr. Leppmann bereits gemachte Feststellung über die Ueberlegungsfähigkeit Stolpes während der Tat hervor, und Dr. Abraham äußerte sich in bezug auf Benziger, daß dieser nur mitleidhaft habe, weil er sich durch Lieschens Auspruch über seine Freiheit in seiner Männlichkeit gekränkt gefühlt habe.

Heute um 10 Uhr beginnen die Plädoyers der Staatsanwältin. Das Urteil dürfte frühestens am Donnerstag oder spätestens am Freitag gefällt werden.

Die Nothilfe sammelt.



Die Wohlfahrtsbriefmarken der Deutschen Nothilfe, die wie gewöhnliche Briefmarken verwendet werden, nur daß der kleine Sonderzuschlag der Nothilfe zufällt, werden eine Woche hindurch auf den Berliner Straßen verkauft. Junge Mädchen und Frauen haben sich für diesen löblichen Zweck zur Verfügung gestellt und in allen Stadtgegenden, an den Bahnhöfen und Ausgängen der Untergrundbahn sieht man sie ihre leichte Ware zum Besten der Notleidenden anbieten.

W. Soemann C. Wöhle Unternehmer..

Indessen herrschte Sandow unbeschränkt in der Fabrik und nahm mit jedem Tag mehr das Gehebe eines Diktators an. Die Konjunktur war gut. Neue Kundenschaft kam zur alten hinzu, die Bestellungen mehrien sich, der Betrieb lief wie geölt, jedes Mädchen des umfangreichen Uhrwerks nützte seine Zeit, kurzum: der mächtige Kasten Ludwig Eisermann Nachfolger, Hausratsfabrik, hatte, wie sich Sandow, der dicke Kapitän, auszudrücken beliebte, „Feuer unter allen Rösseln und lief dreißig Knoten vor dem Winde, Voll dampf voraus!“

Die im Aelwasser schwimmende Konkurrenz tat tüchtig mit, ließ alle Schornsteine rauchen, schloß aber nie gänzlich auf. So war also Eisermann Nachfolger glänzend in Form und Fahrt, Flaggschiff der gesamten Möbelflottille und im besten Zuge, das Rennen zu machen.

Es würde jetzt Zeit gewesen sein, daß der Reeder selber an Bord gekommen wäre, um mit seiner jugendlichen Energie mitzuhelfen, den erreichten Vorsprung noch weiter zu vergrößern und weinholbar zu machen.

Doch der dachte gar nicht daran, sondern trieb sich zur Zeit immer noch mit Mädchen oder seinen Freunden in zweifelhaften Kneipen herum.

Wenn er sich je herbeiließ, die Fabrik zu betreten, so kümmernte er sich nicht mehr im geringsten um Einzelheiten, sondern ließ sich von der Witwe, seiner Lante, die das Kommando regierte, in großen Zügen Bericht erstatten, um dann, nachdem er sich genügend ausgegähnt hatte, schleunigst wieder zu verschwinden.

Was sollte er auch weiter wollen? Das Wasserlein, welches Verdienst hieß, floß hell und klar und in ergiebigen Strahl aus dem Born der Fabrik. Unverküppelt schien diese Brunnenkammer.

Alle Zahlungsverpflichtungen der Firma wurden spielend erfüllt. Ein großer verbuchter Ueberfluß des Unternehmens floß glänzend in die Banken.

Es hatte ganz den Anschein, als ob das für immer so bliebe.

Es hatte den Anschein . . . aber es war nicht so!

Franz glaubte zu träumen. Einer seiner Vergnügungsfreieranten stand hochrot im Gesicht vor ihm und warf während eines zerknirscherten Schred auf den Tisch: „Hier haben Sie den Fisch! Die Bank verweigert die Einlösung. Auf Ihrem Konto ist keine Deckung mehr vorhanden!“

„Das muß ein Irrtum sein, werter Herr! Auf Konto Ludwig Eisermann Nachfolger ist immer Deckung vorhanden!“

Er rannte an den Fernsprecher. Aber das Gespräch, das er mit dem Direktor des betreffenden Geldinstituts führte, belehrte ihn recht schnell eines schlechteren.

Das Konto der Firma war tatsächlich überzogen. Vor drei Tagen hatte, laut einzuführender Mitteilung, Frau Ria Eisermann einen Betrag von fünfhunderttausend Mark abgehoben.

Franz hängte ab, keines Wortes mehr mächtig, ließ den zorngeifernden Beizer stehen, warf sich in seinen Wogen und jagte mit Voll dampf in die Frankfurter Allee.

Aufgeregt lief er in das Zimmer seiner Mutter und fand sie zum Ausgehen fertig vor dem venezianischen Spiegel stehen. Sie sah ihn erstaunt und fragend an; denn Mutter und Sohn haben sich oft tagelang nicht, besonders seit Ria öfters die Nacht über bei ihrer sich sehr einsam fühlenden Tochter blieb.

Ohne weitere Umstände ließ sich Franz in den nächsten Stuhl fallen, wuschte sich die nasse Stirn und fragte: „Mutter, du hast vorgestern fünfhunderttausend Mark von Lindelmer abgehoben. Wozu?“

„Ich spekuliere, Franz! Ischa Schwiegermutter hat mir einen glänzenden Tip gegeben. Wir wollen beide in Aktien einsteigen. Und außerdem . . .“ sie zögerte einen Augenblick mit dem Weiterprechen und zog nervös ihre schwarzen, eleganten Handschuhe zurecht, „na, du kannst es ja wissen: Ischa ist in Geldverlegenheiten. Ich mußte ihr ausbelfen. Du wirst nächstens Dank! Die jungen Leute erwarten ein Baby, und da wird allerlei benötigt!“

Franz sprang auf. „Ischa, Mutter, Ischa hat nichts zu erhalten. Sie hat ihr Teil weg. Vater hat ihr doch die volle Rigißt ausgezahlt.“

Du weißt doch, daß alles testamentarisch festgelegt ist. Auch deine Rente! Du darfst doch nicht einfach nach Belieben eine so riesige Summe von der Bank abheben! Ich bitte dich, zahle sofort wieder das Geld bei Lindelmer ein und bringe das Konto in Ordnung!“

Mia sah Franz herablassend an und zeigte die Goldzähne: „Hör mal einer an! Bist du denn schon mein Vormund?“

„Ich dulde so etwas nicht Mutter!“

„Geh, kümmer dich gefälligst um deine Angelegenheiten und nicht um die meinen!“

Damit ließ sie ihren Sohn stehen und rauschte hoheitsvoll hinaus.

Franz lief wütend in sein Zimmer. Seine Mutter wagte es, ohne ihn zu fragen, eine derartige Summe aus dem Betrieb zu nehmen! Wie kam sie dazu? Die Fabrik war ihm überschrieben, ihm, Franz!

Er biß sich auf die Lippen. Fünfhunderttausend Mark auf einen Hieb verloren! Das war die Quittung für seine unverantwortliche Bummelerei. Wenn er weiterhin so durchs Leben stolperte wie bisher, ging binnen kurzem der ganze Betrieb vor die Hunde! Nein, das durfte er seinem Vater nicht antun!

Er nahm die Photographie, die vor ihm auf dem Tisch stand, schloß sie in den Schreibtisch ein und schwor sich zu, sie nicht eher wieder an den alten Platz zu stellen, bis die Scharte, die durch seinen Leichtsinns entstanden war, wieder ausgeweht wäre.

Dann stand er auf und ging zur Fabrik hinüber, fest gewillt, mit dem Vergangenen zu brechen und in die Fußtapfen seines Vaters zu treten.

Das Beste aus dem väterlichen Erbe war in ihm erwacht: Ludwig Eisermanns Entschlossenheit und Energie!

Wie der Vater sonst, schritt er durch die Säle und inspizierte jeden Stapel Arbeit und jede Maschine.

Er sah viele fremde Menschen, die emsig an ihren Plätzen arbeiteten.

Sie grüßten ihn, den jungen, eleganten Mann, nicht; kaum daß sie verwundert den Kopf nach ihm wandten.

In der Beizerei traf er keine Onkel, des Vaters Brüder, wie sie sich mühten, einem Schrant aus kaukasischem Kiefernholz den letzten Hochglanz zu verleihen. Er trat an sie heran und drückte ihnen die politurbeschmierzten Hände.

(Fortsetzung folgt.)

Der „Krisen“abschluß der AEG.

7 Prozent Dividende. — 520 Millionen Umsatz.

Der AEG-Konzern hat jetzt Bilanz und Geschäftsbericht für das am 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr 1929/30 veröffentlicht. Schon die kürzlich mitgeteilten wichtigsten Gewinnziffern der AEG. zeigten, daß die elektrotechnische Industrie oder wenigstens ihre führenden Konzerne nach einem ununterbrochenen fünfjährigen Aufschwung die Absatzkrise 1930 längst nicht mit der Bucht zu spüren bekommen haben wie andere Wirtschaftsklassen.

Dies bestätigt in erster Linie die Umsatzentwicklung. Der Gesamtumsatz ist von 580 auf 520 Millionen, also nur um 10 Proz. zurückgegangen, so daß sich der mengenmäßige Umsatz unter Einrechnung der Preisentfaltungen für elektrotechnische Fabrikate ziemlich auf der Höhe des vorhergehenden Jahres erhalten hat. Der Umsatz in dem vergangenen Krisenjahr liegt noch um 20 Millionen Mark über dem guten Konjunkturjahr 1927/28 und sogar um 120 Millionen Mark höher als in dem gleichfalls günstigen Geschäftsjahr 1926/27.

Wenn die AEG.-Verwaltung bei einem Reingewinn von 14,2 gegen 19,2 Millionen Mark im Vorjahre die Dividende von 9 auf 7 Proz. senkt, also auf den Stand von 1925/26 ermäßigt, so bedeutet diese Kürzung der Aktionärgewinne im Grunde nichts weiter als eine Vorsichtsmaßnahme, denn mit dem erzielten Reingewinn hätte auch der Dividendenfuß des Vorjahres in Höhe von 9 Proz. aufrecht erhalten werden können. Vermutlich haben bei der Verwaltung hierbei auch politische Momente mitgesprochen, da

bei der Lohnabbaunaktion gegen die Berliner Metallarbeiter

die großen Berliner Elektrokonzerne die treibende Kraft darstellen. Im Geschäftsbericht führt die Verwaltung aus, daß von der Mitte des Berichtsjahres an, also seit April 1930 der Auftragsbestand in verstärktem Maße gesunken sei. Die Grundlage des Geschäftes bilde der Absatz in Deutschland. Da sich ein großer Teil der Kunden aus öffentlichen Betrieben zusammensetze, habe die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen zu weitgehender Drosselung der Aufträge geführt. Hier wird es also einmal von einem der größten privatwirtschaftlichen Unternehmungen in Deutschland offen ausgesprochen, daß die öffentliche Hand, gegen die sich seit Jahren der Sturm der Privatwirtschaft richtet, nicht nur Einkäufer von Steuergeldern, sondern auch in großem Umfange Arbeitgeber für die Privatindustrie ist. Ein Teil der Umsatzauffälle im Inlande konnte

durch Exportsteigerung

ausgeglichen werden. Im ganzen stieg im letzten Geschäftsjahr die Ausfuhr noch um 8 Proz. Auch der vorliegende Auftragsbestand des Auslandes ist in geringererem Maße zurückgeblieben als der des Inlandes.

In der Bilanz fällt die beträchtliche Erhöhung der Beteiligungen von 104 auf 142,2 Millionen Mark auf. Dies ist

auf verschiedene größere Aktionen der AEG. zurückzuführen, so auf den Erwerb eines Aktienpakets bei der Sachsenwerk Licht und Kraft L.G. und dem Chemiker Elektrizitätsunternehmen Poegge und ausländische Neugründungen von Tochtergesellschaften. Unter den letzteren ist besonders die Konzession zur Stromversorgung einer rumänischen Provinz zu erwähnen, zu deren Durchführung eine neue Gesellschaft mit einem Kapital von 2,5 Millionen Mark gegründet wurde. Schließlich hat die AEG. noch ihren Einfluß bei der Bank elektrischer Werte, der Berliner Eisengießerei Hartung L.G., sowie der Deutschen Werft in Homburg durch Aktienzukauf vergrößert. In dem Verwaltungsbericht erzählt man auch, daß die Berliner Osram-Gruppe ihr Kapital um 5 auf 45 Millionen Mark heraufgehoben hat, woran sich die AEG. entsprechend ihrem 30prozentigen Aktienbesitz beteiligt hat. Osram hat übrigens im letzten Jahr glänzend abgeschlossen. Sein Umsatz hat auch wertmäßig keinen Rückgang erfahren, so daß der Mengenumsatz, an der Preisentfaltung gemessen, sogar noch 10 bis 15 Proz. über dem Vorjahr liegen muß. Die erst kürzlich durchgeführten Aktionen bei der Sanierung der Nationalen Automobilgesellschaft in Oberschlesien und besonders das Lokomotivkommen mit Borzig finden in dem vorliegenden Abschluß noch nicht ihren Niederschlag.

Die Leistungssteigerung der AEG.-Belegschaft hat auch im letzten Jahre angehalten. Während in dem vorhergehenden Jahre 1927 bis 1929 der Umsatz von 400 bis 580 Millionen, also um nahezu 50 Proz. gestiegen war, woraus sich bei gleichzeitiger Verringerung der Belegschaft von 65 000 auf 60 400 Mann eine ganz gewaltige Steigerung der Leistungen je Kopf und Schicht ergibt, ist im Berichtsjahr

die AEG.-Belegschaft bis auf 50 000 Mann zusammengeschmolzen.

hat sich also um 17 Proz. verringert. Demgegenüber steht aber ein wertmäßiger Umsatzzugang von nur 10 Proz. und mengenmäßig überhaupt kein Umsatzzugang. Die Fortsetzung der Rationalisierung hat also, das beweisen diese Ziffern, den Unternehmungen weitere erhebliche Einsparungen durch höhere Leistungen ihrer Arbeiter ermöglicht. Um so unberechtigt war daher der von keiner wirtschaftlichen Notwendigkeit diktierte achtprozentige Lohnabbau bei den Berliner Metallarbeitern, deren Lohnhöhen in den vorhergehenden Jahren nicht entfernt mit der Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit Schritt gehalten haben. Mögen die Herren vom B.M.D. es auch noch so oft bestreiten, die Abschlüsse ihrer Unternehmungen werden es beweisen, daß sie bei ihrem Angriff auf die Berliner Metallarbeiter ohne wirtschaftliche Gründe nur vorgeschoben haben, um rein machtpolitische Ziele zur Schwächung der Arbeiterklasse durchzuführen.

Die Wirtschaftskrise in Frankreich.

Zwei Millionen ausländische Arbeiter erwerbslos.

Wir haben am Sonntag überraschende Ziffern über den Rückgang der Beschäftigung in der französischen Industrie aus einer amtlichen Bekanntmachung des französischen Landwirtschaftsministers veröffentlicht, die erkennen lassen, daß in Frankreich die Wirtschaftskrise schon sehr weit fortgeschritten ist. Wir wiesen darauf hin, daß das Ausmaß der staatlichen Arbeitslosigkeit für die Wirtschaftslage in Frankreich nichts bedeuten konnte, weil Frankreich nur die arbeitslosen Franzosen, nicht aber die massenhaft arbeitslosen ausländischen Arbeiter registriert. Jetzt ergibt sich aus demselben Bericht, daß die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte im Laufe des Jahres 1930 von 3,3 auf 1,3 Millionen gesunken ist, das Jahr 1930 also allein für 2 Millionen Menschen in Frankreich Arbeitslosigkeit gebracht hat. Es scheint, daß das Tempo, in dem die Wirtschaftskrise in Frankreich fortschreitet, ein sehr lebendiges ist.

Französische Aktivität in Osteuropa.

Kapitalanlagen in Polen, Rumänien und Jugoslawien.

Die Tatsache, daß Frankreich in seinem Zentralnoteninstitut jetzt etwa 55 Milliarden Franken Gold (9,16 Milliarden Goldmark) aufgestapelt hat und die dauernde Zunahme der Kapitalbildung in Frankreich und andere Merkmale des französischen Kapitalreichtums verursachen in Paris wachsendes Kopfschütteln. Obwohl Frankreich in der Lage wäre, jährlich mindestens 1½, vielleicht aber auch zwei und mehr Milliarden Mark Kapital auszuführen, gelangt in Wirklichkeit doch nur ein Bruchteil dieser gewaltigen Summe über die Grenzen.

Wir haben schon mehrmals auf den inneren Zwang hingewiesen, unter diesen Umständen trotz der politischen Spannungen im Ausland Kapitalanlagen zu suchen. Man kann dabei feststellen, daß die französische Finanz- und die französische Industrie solche Anlagemärkte bevorzugen, die ihnen politisch wichtig sind. Man will nicht nur Kapital anlegen um der Zinsen willen, sondern man will sich wichtige wirtschaftliche und politische Stützpunkte schaffen, insbesondere in einigen osteuropäischen Ländern. Neben Polen und Rumänien sind dies vor allem Jugoslawien und die Tschechoslowakei.

Das größte tschechoslowakische Rüstungs-, Maschinenbau- und Bergbauunternehmen, die Stoda-Werke, sind schon seit etwa mehr als 10 Jahren in französischen Händen: sie werden von der „Union Européenne“ kontrolliert, die selbst eine Tochtergesellschaft des französischen Rüstungs- und Rüstungskonzerns Schneider-

Creusot ist. Im vergangenen Jahre sind die Verträge der Stoda-Werke, andere große tschechische Montan- und Maschinenbau-Unternehmungen unter ihren Einfluß zu bringen, mißlungen. Nunmehr hört man von Verträgen des Schneider-Konzerns, selbst in zwei großen tschechischen Unternehmungen Fuß zu fassen.

Ebenso soll in Polen, wo die „Union Européenne“ ebenfalls eine Montanfirma kontrolliert, Expansionsabsichten bestehen, die auf die Schaffung eines großen bergbaulichen Unternehmens in polnisch-ober-schlesien gerichtet sind. Daneben sind dem Schneider-Creusot-Konzern größere polnische Aufträge für Eisenbahnbauten erteilt worden. Ferner hat sich Schneider-Creusot an den zweiten Abschnitt der großen rumänischen Stabilisierungsanleihe in größerem Umfange beteiligt. Die Gegenleistung für diese Beteiligung liegt auch hier in Eisenbahnaufträgen. Ob auch Rüstungsaufträge hiermit verbunden sind, ist nicht bekannt. Uebrigens wollen auch die Stoda-Werke in Rumänien eine stärkere Tätigkeit entfalten; hier ist offenbar die Schaffung mehrerer Fabrikationsunternehmungen beabsichtigt. Der Generaldirektor der Stoda-Werke hat hierüber kürzlich Unterhandlungen mit verschiedenen Regierungstellen in Bukarest geführt.

In Jugoslawien hat vor 1½ Jahren der große französische Chemiekonzern „Phosphates Tunisiens“ Fuß gefaßt, indem er der italienischen Termin-Gesellschaft eine Karbid- und Stickstofffirma abkaufte. Dies Unternehmen wird augenblicklich stark ausgebaut. Die zur Herstellung der chemischen Erzeugnisse erforderliche Elektrizitätsanlage soll 1935 eine Stromerzeugung von rund einer Milliarde Kilowattstunden aufweisen.

Ein anderer französischer Konzern, die Chemie- und Glasgesellschaft St. Gobain, die auch in der deutschen Glasindustrie umfangreiche Interessen hat, gründete vor kurzem in Jugoslawien eine neue Glasgesellschaft. Eine französische Schiffbaufirma, die Ateliers et Chantiers de la Loire, übernahm dieser Tage die jugoslawische Schiffwerft von Marjan in Spoleto und verdoppelte gleichzeitig deren Aktienkapital.

Aufträge durch Kabellegung. Der führende deutsche Kabelkonzern, die Felten u. Guilleaume Aktiengesellschaft in Aöln, ist jetzt mit der Legung eines neuen Seefernspreitkabels beauftragt worden. Auftraggeber sind das Reichspostministerium und die dänische Telegraphenverwaltung. Das neue Kabel wird eine Länge von 89 Kilometern haben, wovon 47 Kilometer auf die Seestraße Bornemünde-Gjeller entfallen. Ueber das neue Kabel werden gleichzeitig zunächst 22 und später 44 Gespräche geführt werden können. Die Verlegung des Kabels wird bereits im Sommer dieses Jahres erfolgen.

Schlechtes Gewissen?

Wutanfall der Fleischer wegen amtlicher Feststellungen.

Auf der Ausstellung der „Grünen Woche“ am Kaiserdamm werden auch Graphiken und Modelle gezeigt, aus denen hervorgeht, was der Landwirt für seine Produktion erhält, was auf den Handel und die Verarbeitung entfällt und was schließlich der Konsument bezahlt. Solche Darstellungen sind sehr lobenswert, und jeder Beruf, der es ehrlich mit seiner Standespolitik meint, sollte sie begrüßen, weil die Aufklärung der Öffentlichkeit über Tatsachen immer die beste Grundlage für eine vernünftige Politik sind. Dieser Meinung ist aber die „Allgemeine Fleischerzeitung“ offenbar nicht. Sie hat über diese Modelle einen Wutanfall bekommen, hat beim Reichsernährungsministerium dagegen protestiert und schimpft nun mit allen Registern auf den Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, Genossen Dr. Baade. Dieser habe auf eigene Faust die Ausstellung veranstaltet, es müsse dem Reichsernährungsministerium des Herrn Baade ein Riegel vorgeschoben werden; Herr Schiele wird gegen den Leiter der Forschungsstelle scharf gemacht.

Dieser Wutanfall ist angesichts der getroffenen reinen Tatsachensfeststellungen sehr wenig am Platze. Er zeigt aber, wie unbehaglich der „Allgemeinen Fleischerzeitung“ diese Feststellungen sind und daß man mindestens in der Redaktion dieses Berufsorgans ein sehr schlechtes Gewissen haben muß. Daß es sich um sachliche Feststellungen handelt, zeigt die sehr viel ruhigerer Haltung der „Fleischer-Verbandszeitung“, die übrigens mit Genugtuung feststellt, daß der Anteil, den Handel und Transport bei der Verarbeitung erhalten, beim Fleisch verhältnismäßig an geringsten ist. Die „Fleischer-Verbandszeitung“ sagt nur, daß es kein glücklicher Gedanke gewesen sei, die Preisspannendebatte durch auffällige plastische Darstellungen in die „Grüne Woche“ hineinzugetragen. Eine solche Kritik kann man aber schließlich einem Interessenorgan nicht verübeln.

Wir hören übrigens, daß das Reichsernährungsministerium zu diesen Angriffen sehr eindeutige Erklärungen abgegeben wird. Die Ausstellung erfolgte selbstverständlich mit Wissen und im Auftrage des Reichsernährungsministeriums.

Elektrifizierung der Geislinger Steige.

Die Reichsbahn hat kürzlich Siemens, AEG., Brown Boveri und Bergmann einen 50-Millionen-Auftrag zur Elektrifizierung der 160-Kilometer-Linie von Stuttgart über die Geislinger Steige erteilt. Das Reich hat bekanntlich zunächst die Zinszahlung für diesen Kredit übernommen. Bei dem von den vier Firmen vermittelten Kredit handelt es sich um Auslandsgelder, bei deren Beschaffung die amerikanischen Verbindungen von Siemens und der AEG., sowie die schweizerischen Verbindungen der Brown Boveri die Vermittler waren. Die Reichsbahn zahlt formell für diesen Kredit 7 Proz. Zinsen, so daß das Reich, das ja profitorisch für die Zinsen aufkommt, der Reichsbahn — falls zwei Jahre lang zunächst die Zinszahlung erfolgt — eine Subvention von 7 Millionen Mark leistet. Daß 10 000 Arbeiter einhalb Jahre lang durch diesen Auftrag Beschäftigung finden sollen, erscheint uns etwas optimistisch. Man dürfte aber so gerechnet haben, daß man sämtliche Arbeiten, die im Inland hergestellt werden, als Löhne in Anschlag gebracht hat und nur das vom Ausland kommende Material in Abzug brachte.

Kupferpreis fällt wieder.

Das amerikanische Kupferkartell sieht der weiteren Entwicklung auf den Weltkupfermärkten völlig hilflos gegenüber. Die gänzliche Unfähigkeit des Kartells, die Kupfermärkte wieder zu regulieren, kommt darin zum Ausdruck, daß seit dem November 1930 das Preispendel am Kupfermarkt nicht weniger als neunmal nach oben und nach unten ausgeschlagen hat. Die fortgesetzten Preiserhöhungen des Kartells, denen dann durch den Zwang der Verhältnisse die entsprechenden Preisentfaltungen wieder folgen mußten, haben den internationalen Kupfermarkt in eine Unruhe veretzt, die irgendwelche größeren Dispositionen der Käufer und Weiterverarbeiter fast unmöglich macht.

Da sich die im vergangenen Herbst von den amerikanischen Kupferkongligen beschlossenen Maßnahmen zu einer 20prozentigen Drosselung der Produktion angesichts der vorhandenen Riesenbestände als völlig wirkungslos erwiesen haben, versuchte es das Kartell vor einigen Wochen, die Kupferpreise hinten herum aufzustoßen. So setzte es fest, daß die sogenannten Terminkupferpreise für Kupferkäufe Ende März und Ende der folgenden Monate um je ein Viertel Cent für ein englisches Pfund erhöht wurden. Das Kartell spekulierte darauf, daß durch diese vom März an geltende und sich dann fortsetzende Preiserhöhung der Kupfermarkt im Augenblick eine kräftige Belebung erfahren würde. Aber auch dieser Dreh ist mißlungen, denn die Angebote auf dem Londoner Markt waren in der ganzen letzten Woche derart stark, daß weit unter den offiziellen Kartellpreisen gehandelt wurde.

Unter diesen Umständen hat sich jetzt das Kupferkartell wieder gezwungen gesehen, die Preise für Elektrolytkupfer von 10,30 auf 10,05 Cent je englisches Pfund (453 Gramm) zu ermäßigen. Damit hat der Kupferpreis wieder einen Tiefstand erreicht, der den Preisen um die Jahrhundertwende entspricht.

Die Lebenshaltungskosten im Januar.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Januar auf 140,4 gegenüber 141,6 im Vormonat. Sie ist also weiter gesunken.

Hustien Sie? dann Reichels Hustentropfen

Flasche Mk. 0,70 und 1,35, in Apotheken und Drogerien, sonst durch OTTO REICHEL, Berlin SO, Eisenbahnstraße 4, Vorlangen Sie kostenlos das reich illustrierte Buch „Guter Rat in gesunden und kranken Tagen“.



Kochen Sie MAGGI'S Suppen

Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld

Viele Sorten wie: Erbs, Reis m. Tomaten, Blumenkohl, Rumford, Spargel, Eier-Nudeln, Pilz usw.

Im javanischen Eintags-Zug

Von Kurt Offenburg

Sie haben noch verschlafene Gesichter, die Menschen. Nur die Augen der alten Chinesin sind blank, und die weiße Spitzenjacke mit den Brillantknöpfen sitzt so adrett, ohne geringste Zerknitterung, als gälte es einer Festivität beizuwohnen und nicht nur einen jungen Menschen — vielleicht ist es ihr Enkel — an den Zug zu geleiten. Schmalgesichtig sieht er aus dem Wagenfenster, und immer wieder schütteln sie sich selbst die Hände mit vielen Verbeugungen gegeneinander. Eine ungeheure Anmut ist in den raschen Bewegungen. Sie ist durchaus nicht so lächerlich, wie von vielen Europäern immer wieder behauptet wird. Gewiß ist sie um einige Grade hygienischer als die westliche Begrüßungsart.

Gepäckträger in schwarzweiß- und rotweißgestreiften ärmellosen Trikots — anzusehen wie Bognosträrlinge — rennen mit großem Geschrei und viel Unständlichkeit zwischen Bahnhofshalle und Zug. Die Europäer schimpfen aufgeregt, nur die „Indos“ und die Chinesen bleiben gelassen. Die braunen Kofferbesetzten Männer, barfuß und barhäuptig, scheinen schwerhörig zu sein gegen das Sundaesisch der westlichen Herren.

Schließlich ist der Zug abfahrtsbereit, pünktlich auf die Minute. Dieser Train, ein sogenannter Eintagszug, soll mich bis zum Abend nach Soerabaja bringen. Übermorgen geht der Dampfer nach Australien.

Die Felder noch in schwerem Frühlnebel. Er ist dicht, doch die Kronen der Kokospalmen unsichtbar bleiben. Betaut wie im Herbst bei uns sind die breiten Blätter der Bananenstauden; zwischen den heden sind gar te Spinnweben zu sehen, wie sonst nur der Mitweiberommer sie bringt.

Seltsamer Morgen in der Tropenwelt Ostindiens: von guter Ruhe und Erinnerung weckend an den frühmorgenshergehenden Tagesdämmer in Launus, Schwarzwald und Bogenen. Minutenlang hängt man seiner Sehnsucht nach — wie die Ferne die Dinge verschönt, die unscheinbarsten am meisten! — und während der Zug schon zwischen den Kampungs der Eingeborenen durchfährt, ist man noch immer im Bergwirtsstaus am Donon. Dahin, unwiderbringlich: die Forellen, der Marktgräser und die Freundin.

Sentiments! Hier ist Java, ein üppig Teil des zukunftsreichen Ostens, und jenseits des Äquators das müde Europa in Wirrnis und Schmerz; hier auf dem schlammigen Reisfeld, dicht an der Bahnlinie und im sich lüftenden Nebel, stehen schon gebückt die Frauen im kalten Wasser, der Seehing um Seehing pflanzend. Zehn Stunden am Tag. Zehntal sechzig Minuten: nur eine kurze Feier dazwischen in der glühenden Stunde des Mittags. Die grauen Wasserbüffel werden mehr geschont. Sie brauchen nicht vor dem Pflug zu gehen, nicht durch die nassen Sawahs zu stampfen, wenn sie Junge haben: die Frauen aber gehen auf's Feld, das Kleine im Hüfttuch mittragend. Hat es Hunger, wird es gefüttert: unter freiem Himmel, im morgennebelverhangenen Reisfeld. Schonzeit? Für die Tiere — ja.

Wir gegenüber sitzt ein Chineser, vierzehn oder fünfzehn Jahre alt. Er ist gekleidet wie ein europäischer Junge: offenes Sporthemd, braunes Jackett, Halbschuhe. Das schwarze Haar kurz geschoren, stramm gezogener Scheitel. Chinesen mit Köpfen, die sind wahrlich nur für Märchenbücher übriggeblieben. In den zwölf Wochen, die ich schon östlich von Colombo reise, sah ich nur einen einzigen Kopfträger: auf dem Kummelpflog in Singapur. Er stand als Anreißer vor einer Bude, wo Säbelkämpfe vorgeführt wurden. Aber vielleicht war auch dieser Kopf nur eine Airappe.

Der Junge liest eine humoristische Zeitschrift, eine jener albernen Nichtigkeitsblätter, die es nicht allein in den USA zu außergewöhnlichen Auflageziffern bringen. Sie ist holländisch geschrieben, und ihr Inhalt entlockt dem jungen Leser — kein Lächeln. Seine Mutter, mir quer gegenüber — in den indischen Erbschaftswagen hat jeder Reisende einen Sitzplatz allein — hat die Füße auf das Lederpolster gezogen und schläft. Der erbsengroße Brillant in ihrem Ohr funkelt nichtbetäubend, und die gelben gefalteten Hände mit den aufwärts gebogenen Nägeln verraten ein süßes Zupackkönnen. Wie ich die Schlafende betrachte, sehe ich sie um zwanzig Jahre gealtert: sie thront eine allesbeherrschende, allesbedeckende Großmutter in einem jener alten weltläufigen Kaufmannshäuser aus der Zeit der Ostindischen Kompagnie, wie ich sie vor einem Monat noch in Alt-Batavia sah. Inmitten einer großen Familie wird sie thronen: die Söhne und die Schwiegertöchter, die Enkel und alle Angestellten des Geschäftes zittern vor ihr, und keiner von allen würde je gegen der so heiligen zu widersprechen. Wären die Chinesen in ihrem Neckeren auch noch so europäisch-modern sein: in der Familie ist die Großmutter unumschränkte Herrscherin, die die jüngeren Frauen nicht, weil sie selbst einst geduldet wurde.

Seit Stunden vorbei an Reisfeldern, Kokospalmen, Bananenhalmen. Immer wiederholt sich das Bild: die Sawahs, winzige Flächen, sorgsam sauber abgegrenzt; in vielen Terrassen angelegt und schwach bewässert oder überschwemmt durch kleine Rinnsale, deren Ränder quadratisch in den schwarzen Lehm gestochen ist. Frauen gebückt, die zarten Seehlinge stechend; die Männer mit der Hade arbeitend oder hinterm primitiven Pflug, den der graue Wasserbüffel zieht (er gehört oft mehreren Reisbauern zusammen). Bei jedem Schritt sinken Menschen und Tier ein bis zu den Knien. Die schwere fruchtbare Erde quackt bei jeder Bewegung.

In vielen Bindungen geht der Schienenweg durch die hohen Berge des Ostpreanger, dem landschaftlich schönsten Teil Javas. (Unvergessliche Fahrten zum Papandajan, überrascht vom Nebel wie in den Hochalpen; urweltliche Nächte an der Südküste des Indischen Ozeans; Illaoet Curen, weltabgeschlossen, auf keiner Karte zu entdecken, hundert Schritte hinter der Hausüre unberührter Urwald.)

Es gibt keine Tunnel: immer liegen die weiten Täler offen da, werden die Berge oft rings umfahren, und es ist manchmal, als stünde der Zug still und rotierte der Berg. In den Höhenlagen, jenseits der 1000-Meter-Grenze dehnen sich unüberschaubar die niederen Teestauden. Dazwischen die heilkräftigen „Schattendäume“, deren rasches Wachstum einen doppelten Zweck erfüllt: den Tee vor oft zu starker Sonne zu schützen und gleichzeitig ein billiges Kistenholz liefert.

Mittag. Die Sonne glüht die Bogen aus. Die beiden Ventilatoren wirbeln nur eine heiße Luft von der Decke hernunter, und der Wind durch die geöffneten Fenster trägt einen sanften Regen von Kohlenstaub herein. Die Hitze ist unerträglich, auch im Speisewagen. Heißer Tee ist das beste Mittel.

Seit drei Stunden durch Mitteljava. Bösig verändert das Antlitz der Landschaft: Ebene, keine Reisfelder mehr, dafür Zucker-

rohrpflanzungen, weit, bis zum Horizont. Nur vereinzelt noch sind Wasserbüffel zu sehen; das Flachland braucht Rufe und Pferde als Zugtiere.

Schmalgleisige Eisenbahnen kommen aus den Fiedern. Zwei Rufe gehen im Joch vor einer Pore; das Zuckerrühr wird zur Bahnstation gebracht, von hier auf der Staatsbahn nach den Fabriken transportiert.

Eine halbe Stunde vor Djoka (berühmte Schnellzugstation: Sultan, Kraton und Abzweigung nach dem Borsobudur, dem Wollfahrtsort aller Touristen, aber möglichst bei Vollmond) wird eine große, lähn geschwungene Brücke passiert. Das wäre weiter nicht bemerkenswert, ähnliche Eisenkonstruktionen gibt es auch in Europa. Aber keine Frauen — Greisinnen, weißhaarig — und Kinder, die Steine schleppen zum Ausbessern des Brückendamms. Der Zug fährt sehr langsam; deutlich ist zu beobachten, wie schwer die Kermisten atmen; viele halten verschauend still, die Hände vor der Brust, als könnten sie damit den stechenden Schmerz aufhalten.

Dieses Bild war das traurigste, was ich in Java sah (wo die niederländisch-indische Regierung herrscht und weise mit den Eingeborenen regiert und nicht gegen sie). Hier, im mittleren Inselteil, wo die Sultane von Djoka und Solo ihr Reichsbereich Holland gegenüber am längsten halten konnten: hier steht der Bevölkerung heute noch die jahrhundertalte Sklaverei im Blut. Kein stärkerer Kontrast als die Menschen Mitteljavas und die der Küsten. Der europäische Inspektor geht durch die Plantage: hinter ihm trägt sein Boy ihm Stod und einen zweiten Hut. An der Küste dagegen: der weiße „Herr“ befiehlt etwas, der Sundanese wagt zu widersprechen.

Dreizehn Stunden Bahnfahrt (nachts ruht der ganze Betrieb): ein Sonntag, der in diesem Land es nur dem Kalender nach ist. Schon geht es über die Weiden der weiten Bahnhofsanlage, von Soerabaja. Geschrei der Gepäckträger und Aufdringlichkeit der Hoteldiener: Hafenstadt. Eine Nacht noch in Java: über den Abschlepp hinaus wird lebendig bleiben ein gutes Gedächtnis an Menschen (weiße und braune), Landschaft und eine väterlich sorgende Regierung. Vielleicht wird eine stille Begegnung nach dieser Insel die Monate im fünften Erdteil überschalten.

Ein Abkommen über Walfischfang. Um den Walfisch gegen die allzu starke Verminderung durch die Industrie zu schützen, ist vom Völkerbund ein Abkommen ausgearbeitet worden, das allen Ländern zur Genehmigung vorgelegt wurde. Der Schutzvertrag, der von einer Körperschaft von Sachverständigen ausgearbeitet wurde, soll die Tötung junger Fische und der von Kälbern beackelten weiblichen Wale verbieten. Die Antworten der einzelnen Regierungen werden für die nächste Sitzung des Walfischkomitees erwartet.

Das geheimnisvolle Sodbrennen

Vor ein oder zwei Jahren erschien als Titelbild in der Aprilnummer einer bekannten illustrierten Zeitung das Bild eines älteren würdigen Mannes mit der Unterschrift: „Geheimrat Sod, der bekannte Erfinder des Sodbrennens“. Dieser Aprilscherz enthält infolgedessen ein Körnchen medizinischer Wahrheit, als das Problem des Sodbrennens tatsächlich noch nicht restlos gelöst ist.

Gewöhnlich wird dieses vom Magen die Speiseröhre entlang bis zum Rachen aufsteigende brennende Gefühl in Zusammenhang mit übermäßiger Absonderung von Magensäure gebracht. Es gibt jedoch auch eine Anzahl von Personen, die an Sodbrennen leiden und bei denen ein ganz normaler Magenlast, ja sogar unter Umständen zu wenig Magensäure festzustellen ist. Also außer der chemischen Störung muß noch ein anderer Faktor eine wichtige, vielleicht sogar die ausschlaggebende Rolle beim Zustandekommen des chronischen Sodbrennens spielen. Und dieses andere Ursachemoment dürfte eine erhöhte Reizbarkeit und Empfindlichkeit der Magenschleimhaut in Verbindung mit einem abnormen Spannungszustand der Magenmuskulatur sein.

Auf beides also — sowohl auf die Störung in der Magensäureabsonderung wie auf die Ueberempfindlichkeit auf die Magenschleimhaut — muß die Behandlung des Sodbrennens Rücksicht nehmen. Mit Recht hob daher der kürzlich verstorbene hervorragende Internist und Krebsforscher Prof. Dr. Karl Lewin hervor, daß wir „alle die Speisen und Getränke aus der Mahlzeit des Kranken entfernen oder beschränken müssen, die nach den Erfahrungen des Kranken seine Beschwerden hervorrufen.“ Andererseits dürfte jedoch bei Sodbrennen und gleichzeitig herabgesetzter Salzsäureproduktion eine säureeinschränkende Diät kaum einen großen Erfolg haben. Als bestes Mittel gegen Sodbrennen erweist sich nun seit jeder die Pfefferminze. Raikon nach der Mahlzeit oder beim sonstigen Eintreten des Sodbrennens größter Verbreitung; und dieses einfache Mittel befähigt tatsächlich auch in vielen Fällen die Beschwerden ohne Zweifel. Jedoch ist es nicht ratsam, Raikon oder dergleichen dauernd zu nehmen; selbst nicht bei übermäßiger Magensäureabsonderung. Denn das doppelkohlensäure Raikon neutralisiert zwar für den Augenblick die Salzsäure, steigert aber die Absonderung, so daß man zu immer größeren Dosen greifen muß, um den gewünschten Erfolg zu erzielen. Bei reichlicher Absonderung von Magensäure werden nun von den Ärzten auch Belladonna-Präparate mit gutem Erfolg gegeben. Aber wiederum bei Sodbrennen ohne Ueberfäuerung wird der Krat kaum Belladonna verordnen können, da dieses Mittel die Tätigkeit der Magendrüsen ausgesprochen hemmt. Neuerdings wird nun, wie Professor Lewin berichtet, um die Empfindlichkeit der Magenschleimhaut herabzusetzen und eine Entspannung der Magenmuskulatur herbeizuführen, ein aus der Muskatnuz hergestelltes Präparat empfohlen. Die eigenen Erfahrungen von Professor Lewin führen zu dem Ergebnis, daß dieses Muskatnuzpräparat bei dem größten Teil der an Sodbrennen und Völlegefühl leidenden Kranken die Beschwerden in wirksamer Weise lindert bzw. heilt. Lediglich bei den rein nervösen Formen des Sodbrennens konnte kein Heileffekt erzielt werden. Dr. W.

Rudolf Lämmel: Eros und Pluto

In diesen Tagen blühen Hunderte von Astronomen mit den besten Instrumenten auf einen kleinen Weltbaum, einen Planeten, einen Planeten von etwa 200 Kilometern Durchmesser, der uns auf etwa 22 Millionen Kilometer nahekommt. Unter günstigsten Umständen, wie sie alle Jahrhunderte einmal eintreten, kann dieser kleine Planet, Eros, uns sogar bis auf 17 Millionen Kilometer nahekommen. Eros gehört zu der Schar der kleinen Planeten, die gegenwärtig mehr als 1200 Mitglieder zählt. Der erste dieser Planetoiden wurde am 1. Januar 1801 entdeckt, und damals glaubte man, endlich den längst gesuchten und stets vermischten Planeten zwischen Mars und Jupiter gefunden zu haben. Man begriff bald, daß man diesen Planeten nur deswegen bisher nicht gefunden hatte, weil er zu klein war — und wunderte sich darüber: warum ist er denn so klein?

Aber schon 1802 wurde ein zweiter, 1804 ein dritter kleiner Planet entdeckt und schließlich erwies sich, daß zwischen Mars und Jupiter ein Ring von Planeten schwebt. Einige davon kommen dem Mars gelegentlich nahe, andere dem Jupiter, und es mag wohl sein, daß diese Planeten allmählich die meisten Planetoiden auslösen werden. So können die Planeten Albert, Eros, Minos und Hela dem Mars so nahe kommen, daß sie auf ihn kürzen müßten, wenn nicht die Bahn-Ebenen verschieden lägen. Aber es kann mindestens zur Mondbildung kommen. Ja, der Planetoid Albert kann sogar innerhalb der nächsten Jahrtausende der Erde so nahe kommen — etwa 19 Millionen Kilometer —, daß er mit freiem Auge sichtbar wird, falls er (was wir noch nicht wissen) größer ist als Eros. Auch ist das Schicksal von Eros und Minos nicht notwendig eindeutig auf den Mars zugespielt, möglicherweise wird der eine oder andere Planetoid dieser Gruppe einst als Mond der Erde enden! Denn die Entwicklung unseres Planetensystems ist keineswegs abgeschlossen, wie Laplace fälschlich glaubte!

Nun ist es merkwürdig, daß sich bei der Entdeckung des Pluto 1930 einiges von dem wiederholt, was man bei der Auffindung der Planetoiden erlebt. Zunächst stellte sich heraus, daß man den längst geachteten Pluto nur deswegen bisher nicht beobachtet hatte, weil er zu klein und daher schwach ist. Sodann zeigte die Berechnung, daß er merkwürdig nahe beim bisher äußersten Planeten, dem Neptun, kreist. Ja, er kann sogar innerhalb von Neptuns Bahn geraten und könnte, wären die Bahn-Ebenen nicht verschieden, auf Neptun gelegentlich stürzen. Sicher besteht Aussicht, daß er im Verlauf des gegenwärtigen Jahrtausends einst zumindest Mond des Neptun wird — wenn er nicht vollends als großer Meteor auf den Neptun stürzt.

Neptun kreist in einer Ellipse um die Sonne, hat als größten Sonnenabstand etwa 4,54 und als kleinsten Sonnenabstand 4,47 Milliarden Kilometer. Pluto läuft soviel man zur Zeit weiß, etwa zwischen 4,46 und 7,5 Milliarden Kilometer um die Sonne. Er zeigt also in zwei wesentlichen Punkten planetoides Verhalten: ein unerwartet kleiner Planet kreist so nah beim Neptun, daß er sich zu ihm so verhält wie Eros zum Mars! Liegt da nicht der Gedanke nahe, daß wir es hier möglicherweise wieder mit dem ersten Vorkläufer einer größeren Schar zu tun haben, mit dem ersten Stern eines zweiten Planetoidensystems? Wir haben bei der Auffindung der Atommodelle gelernt, mit „Schalen“ von annähernd gleich weit ent-

fernten Elektronen zu rechnen, die dem Kern gleichsam wie ein rotierender Ring gegenüber liegen. Es kann da eine Schale geben oder auch mehrere, je nach Art des Atoms. Obgleich es nun ganz verkehrt wäre, die Welt im großen als eine Wiederholung der Welt im kleinen anzusehen, so kann doch die Analogie wenigstens so viel nützen, daß sie unsere Phantasie befähigt. Worum soll unser Sonnensystem nur einen Ring haben? Von den Gesehen, die bei Bildung eines Sonnensystems in Frage kommen, haben wir ja gar keine Ahnung. Wir wissen nicht, wie die einzelnen Planeten zu ihren besonderen Entfernungen von der Sonne kommen, wie sie zu ihren Rachen gelangen, der eine ist groß und der andere ist klein! Wir wissen nicht, wie oft einmal ein Mond da ist und ein andermal gleich zehn Monde da sind, wir haben nicht den Schimmer einer Theorie zur Erklärung der Rotationsdauer eines Planeten, kurz — unsere Kosmogonie steckt noch einmal in den Kinderschuhen, sie liegt vielmehr noch sozusagen „in den Windeln“!

Es besteht die Tatsache, daß nach Merkur, Venus, Erde, Mars ein breiter Gürtel von zahlreichen Meteoriten oder Planetoiden um die Sonne kreist. Dann kommen wieder vier Planeten: Jupiter, Saturn, Uranus (1781 entdeckt) und Neptun (1846 entdeckt). Dann kommt der neue Planet Pluto. Man kann nicht überflüssig sein, wenn man mit der Zeit entdeckt, daß dieser Pluto kein „richtiger“ Planet, sondern nur ein „Planetoid“ ist. Aber — man soll keine Vorurteile haben! Am Himmel sind die Ueberrollungen so wenig ausgeschlossen wie auf der Erde. Pluto kann auch als verloren gegangener ehemaliger Planetmond des Neptun sich entpuppen. Doch liegt die Annahme eines zweiten Ringes näher. Und hier kommt man auf die allgemeinere Frage: wie viele Planeten und Ringe können wir denn eigentlich noch erwarten?

Die nächste und benachbarte Sonne ist Alfa Centauri in etwa 20 Billionen Kilometer Entfernung. Wir können annehmen, daß das Sonnensystem höchstens bis zur Hälfte dieser Distanz reicht. Nun gibt es eine alte Faustregel, derzufolge die Planetenabstände sich nach außen zu ungefähr je verdoppelt, von der Sonne aus betrachtet. (Regel von Titus-Bode.) Danach könnte man auf zwanzig Ringe und Planeten rechnen, von denen heute erst ein Ring und neun Planeten (oder zwei Ringe und acht Planeten) bekannt sind. Es ist schwer, zu sagen, ob die Entdeckung weiterer Planeten wahrscheinlich ist; je nach der Grundstimmung des Beurteilers wird die Antwort recht verschieden ausfallen. Denkt man (mit dem Verfasser dieser Zeilen), daß alles, was möglich ist, irgendwann und irgendwo auch wirklich wird, so kommt man zum Schluß: wir brauchen bloß eine Verbesserung unserer Instrumente abzuwarten, irgendeine neue Erfindung auf dem Gebiet der Optik, wo seit 300 Jahren nichts Grundtätig Neues passiert ist, um sofort die weiter draußen im Weltraum kreisenden Planeten und Planetoiden zu finden! Zu solchen Gedanken mögen die Menschen Zukunft nehmen, wenn Eros an ihnen vorbeigeht („weil ein Gedanke“ würde Hamlet sagen!) und Erdlohd einer optimistischen Einstellung entgegenblickt. Es gibt Menschen, die nehmen zu Tieren Zukunft und sagen: seht die Tiere sind gut. Sie sind besser als die Menschen! Andere aber sagen (mit dem Schreiber dieser Zeilen), daß die fernsten Sterne unsere besten Freunde sind. Wer es vermag, sich aus dem Dunkel der irdischen Sorgen zu Eros und Pluto zu erheben — der wird den Sternen Dank wissen.

